

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Drag. U. Haaslechner Nr. 2.

Tagesreda.
Nachredaktion:

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Freitag, 7. Dezember 1923.

Nr. 286.

Beyags-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Beyag durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

Ein Banken-Prozess.

Zur Zeit des Karls-Putsches, in den Novembertagen 1921, als die Tschechoslowakei gegen Ungarn mobilisierte, war an der Züricher Börse ein auffallendes Sinken des Kurzes der tschechoslowakischen Krone wahrnehmbar. Diesen für den Staat und für die Volkswirtschaft besorgniserregenden Kursfall führten verschiedene umlaufende Gerüchte nicht so sehr auf die drohende Kriegsgefahr zurück, als auf die Behauptung, eine Anzahl von Prager Banken, welche aus dem Konflikt Gewinn zu ziehen suchten, hätten durch Spekulationen künstlich den Kurs der Krone herabgedrückt. Gegen die Banken, von denen man manche mit Namen nannte, wurde nichts unternommen. Nun, zwei Jahre später, wird die Erinnerung an diese dunkle Geschichte durch einen Prozeß geweckt, der in Brinn vor dem Geschworenengerichte vor sich geht, und der zu Beginn der nächsten Woche seinen Abschluß finden wird. Beklagte sind der frühere Abgeordnete Dr. Karoslav Stranšky als Herausgeber und Dr. Franz Selekpa als verantwortlicher Redakteur der Brünner „Lidove Roviny“; Kläger sind Dr. Karl Altman, Kontrollor des Bankamtes des Finanzministeriums, Ottokar Luma, Oberdirektor der Prager Kreditbank, Karl Svoboda, Oberdirektor der tsch.-sl. Agrarbank und Karl Fuchs, Inhaber einer Bankunternehmens in Prag. Die Klage lautet auf Ehrenbeleidigung, begangen durch die Presse, weil das genannte Blatt am 16. Dezember 1921 unter dem Titel „Spekulation mit der Republik“ einen Artikel veröffentlichte, der die Unterschrift Dr. Karoslav Stranšky trug, und der die Kläger beschuldigte, zur Zeit der Mobilisierung ein künstliches Sinken der tsch.-sl. Krone herbeigeführt zu haben. In dem Aufsatz wurde das Vorgehen der Kläger als eine „widerwärtige Affäre tschechischer Börsianer“, sie selbst als „Sumpfbüchsen von Spekulanten“ bezeichnet, ferner wurde behauptet, daß Luma Svoboda und Fuchs den Kontrollor des Bankamtes Dr. Altman von seiner Pflicht abgebracht hätten. Die Pönitierung der Krone in Zürich zu veranlassen, was die tschechoslowakische Währung der Gefahr der internationalen Spekulation aussetzt habe.

Schon der bisherige Verlauf des Prozesses hat manche Schlaglichter auf gewisse Vorgänge hinter den Kulissen der politischen Schaubühne geworfen, wobei die Frage, ob gegen die Kläger die Anwürfe mit Recht oder Unrecht erhoben wurden, vorläufig außer Betracht bleiben mag. Was am stärksten in die Augen springt, ist, daß die damals regierenden Kreise von den Beschuldigungen gegen die betreffenden Prager Banken nicht nur Kenntnis hatten, sondern daß sie es waren, welche die Beschuldigung geradezu erhoben haben. Herr Dr. Karoslav Stranšky, der Verfasser des inkriminierten Aufsatzes, kam zu jener Zeit nach Prag, wo ihm sein Vater, der nationaldemokratische Senator Dr. Adolf Stranšky, wie der erstere erzählt, Vorwürfe machte, weil die „Lidove Roviny“ über diese Skandalgeschichte noch nichts gebracht haben, bei welcher Gelegenheit dieser ihm mitteilte, im Klub der tschechischen nationaldemokratischen Abgeordneten und Senatoren habe der damalige Finanzminister Dr. Masin selber erzählt, es sei schrecklich wie gerade von tschechischer Seite gegen den Kurs der tschechischen Krone angefürt worden. Senator Dr. Stranšky habe Dr. Masin direkt gefragt, wer eigentlich auf das Sinken der Krone spekuliere, worauf der Finanzminister den Namen der Prager Bank, das sind die Pragobank, die tschechische Agrarbank und die Böhmisches Unionbank, genannt habe. Dabei habe Masin ausdrücklich die Namen Luma, Fuchs und Svoboda erwähnt. Besonders erschreckend habe es Dr. Masin gefunden, daß ein Beamter des Bankamtes im Finanzministerium, eben jener Dr. Altman, gerade an dem Tage, an dem der Sturm auf die Krone erfolgte, sein Vintit nach Zürich abgegeben habe. Ueber die Bedeu-

Samstag — Reichstagsauflösung?

Berlin, 6. Dezember. Wenn die Regierung heute die Reichstagsauflösung noch nicht vorgenommen hat, so ist dies, wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, darauf zurückzuführen, daß sie nur im äußersten Notfalle zu einer so außerordentlich scharfen Maßnahme greifen will. Der Reichspräsident hatte angesichts der schwierigen Lage schon den Gedanken der Auflösung erwogen und dem Reichskanzler die Auflösungsurkunde in die Hand gegeben. Der Reichskanzler aber entschloß sich, noch einmal in die Vertagung des Reichstages zu willigen. Es wird dabei betont, daß dies keine Anwendung von Schwäche sei, vielmehr sei die Regierung fest entschlossen, an dem festzuhalten, was sie für recht hält. Sie teile aber nicht den Standpunkt der Deutschnationalen, welche aus der geänderten Volksstimmung gegenüber den Parteien bei Neuwahlen eine Besserung der politischen Verhältnisse erhoffen. Die Regierung glaubt, daß die Auflösung zur Zeit für die besetzten Gebiete katastrophale Folgen hätte und separatistische Bestrebungen scharf hervortreten lassen würde. Gerade bei der nervösen und gespannten Stimmung im besetzten Gebiete fürchtet man unheilvolle Entladungen. Die Regierung habe deshalb in die Vertagung gewilligt, um zu ermöglichen, daß noch die letzten schwebenden Abgeordneten erscheinen, zumal es sich nur um 5 oder 6 Stimmen handelt, die zu der Zweidrittelmehrheit fehlen. Unter diesen Umständen hofft man, daß der Verlauf diesmal derselbe sein könnte, wie bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz für das Kabinett Stresemann, wo es noch in letzter Stunde gelang, die schwebenden Abgeordneten herbeizujutieren. Jedenfalls aber ist die Regierung entschlossen, am Samstag bis zum Neuenherken zu gehen und vor der Auflösung des Reichstages nicht zurückzuschrecken, wenn das Ermächtigungsgesetz zusammentrifft.

Unruhen in Dresden.

Dresden, 6. Dezember. (Tsch. V. B.) Heute nachmittag brachen nach längerer Pause neue Unruhen in Dresden aus. Eine stark besuchte Versammlung von Erwerbslosen wollte gegen die Verordnung der Reichsregierung protestieren, die anordnet, daß Erwerbslose zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden können. Die Arbeitlosen verlangten Bezahlung für die Arbeit, obwohl sie bekanntlich Unterstützung beziehen. Die Versammlung wurde aufgelöst und im An-

schlusse daran kam es auf verschiedenen Plätzen und Straßen, namentlich in der inneren Stadt, zu Zusammenstößen mit der zahlreich bereitgestellten Sicherheitspolizei. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen, doch scheint es nach den bisherigen Ermittlungen zu keinen Verletzungen gekommen zu sein. Der Bahnhof wurde abgesperrt, zahlreiche Läden, Kaffeehäuser usw. haben geschlossen. Zur Stunde, 5 Uhr nachmittag, sind Straßen und Plätze von großen Menschenmengen besetzt.

Zeugen einvernommenen Senator Dr. Stranšky die Frage, ob es nicht das Vernünftigste gewesen wäre, wenn er, als alter Advokat, zu Dr. Masin gesagt hätte: „Lassen Sie die Kerle einsperren und erstattet gegen sie die Strafanzeige!“ Worauf Dr. Stranšky entgegnete: „Es wurde mir gesagt, ich weiß nicht mehr von wem, daß gegen die Herren ein Haftbefehl werde erlassen werden, der wohl auch erlassen, dann aber wieder zurückgenommen wurde.“ Er fügte dann noch hinzu, es sei leider bei uns allgemeine Ueberzeugung, daß gegen die Banken niemand etwas auszurichten imstande sei. Die Anzeige unterblieb also, niemand wurde eingesperrt, Finanzminister und Parlamentarier hielten es nicht für nötig, das Gericht mit der Angelegenheit zu betrauen. Nur gegen Dr. Altman wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet, das damit endete, daß er — in ein anderes Ressort versetzt wurde! Aus der Verhandlung ging auch hervor, daß bei der Revision einer der angeklagten Banken an dem revidierenden Beamten ein Bestechungsversuch unternommen wurde, indem ihm von einem Angestellten der Bank 50.000 Kronen als Schweigehumm gegeben wurden, die er annahm, aber sofort bei seinem Amt hinterlegte. Gegen die Direktoren der Bank wurde die Strafanzeige erstattet, über höheren Befehl aber wurde das eingeleitete Strafverfahren wieder eingestellt!

Die Anführung der trockenen Tatsachen, soweit sie als Ergebnis des Prozesses bisher vorliegen, genügt als Unterlage für den Reim, den sich jeder selbst dazu machen kann. Es steht bedenklich aus: nach der Affäre der Märtschlesischen Bank, der Bohemianbank, dann der Spirituskanadal und nun wieder eine neue Affäre! Und alle drohen im Sande zu verlaufen! Gibt es hierzulande wirklich nicht einen Funken dessen mehr, was man das öffentliche Gewissen nennt?!

Die Budgetberatung im Senatsauschuss.

In Fortsetzung der Beratungen kommt das Kapitel „Landesverteidigungsministerium“ zur Verhandlung. In der Debatte spricht Genosse Rejzl. Er bedauert, daß der Berichterstatter über dieses Kapitel für die Mannschaft nicht ebenso warme Worte gefunden hat wie für die Offiziere und tritt für eine bessere Verpflegung der Mannschaft ein. Er begründet hierauf eine Resolution, in der eine Statistik über die Soldatenseibtmorde und Manöverunfälle sowie die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Feststellung der Todesursache verlangt wird.

Minister Udrzal erklärt in Beantwortung der Kritik des Genossen Rejzl, daß er nie Klagen über die Mannschaftskost gehört hätte, obwohl er persönlich Inspektionen vorgenommen habe, daß er sie heute zum ersten Male vernimmt und wünscht, daß ihm alle solchen Fälle mitgeteilt werden, damit das Nötige veranlaßt werden könne.

Zur Beratung kommt dann das Kapitel „Ministerium des Innern“. Hierzu sprach Genosse Jarolim. Er betont zum Kapitel Ministerium des Innern, daß die Fortentwicklung der Rechtsverhältnisse dem Staate ziemlich teuer zu stehen kommt, da von den Gesamtausgaben auf die Polizei 127 Millionen auf die Gendarmerie 235 Millionen Kronen entfallen. Wenn die Kosten des Ministeriums herabgesetzt werden sollen, muß die Regierung dahin wirken, daß sich die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung im allgemeinen bessern. Zum Schluß erklärt Redner den Ministern des Innern dahin zu wirken, daß die

Sammlungen für die notleidenden Arbeiter in Deutschland nicht behindert werden, wie dies namentlich in Ostpreußen der Fall war.

Minister Malypetr versucht verschiedene Uebelstände in der Verwaltung auf die Schärfe gelassen beim Uebergange vom absolutistischen zum demokratischen Regime zurückzuführen. Auf die Ausführungen des Genossen Jarolim eingehend, begründet er die Vermehrung der Sicherheitsorgane mit der Unsicherheit, die infolge der gesunkenen Moral nach dem Kriege in vielen Gegenden des Reiches noch vorherrscht, wobei er sich auf die Ausführungen des Senators Krüger beruft. Von der Beschlagnahme der Sammelgelder für die deutschen Arbeiter in Ostpreußen und einem Verbot dieser Sammlungen dort, sei nichts bekannt, er werde die Sache untersuchen lassen, nur glaube er, daß wahrscheinlich die Erlaubnis zu diesen Sammlungen von den Behörden nicht eingeholt wurde.

Die Genossen Jarolim und Rejzl meinten sich auf Grund der unbefriedigenden Antwort des Ministers noch einmal zum Worte und verlangen eine klare Antwort, ob etwa die Behörden auf dem Standpunkt stehen, daß auch die Arbeiter und ihre Organisationen für Ge demmlungen zur Unterstützung von Streiks usw. an eine Bewilligung der Behörden gebunden sind und ob nicht etwa die Praxis der österreichischen Behörden in den Achtziger- und Neunzigerjahren wieder zur Anwendung komme. Darauf gibt der Minister beruhigende Zusicherungen und präzisiert den Begriff „öffentliche Sammlung“.

Es wird dann das Kapitel „Unterrichtministerium“ behandelt. Minister Behún führte aus: Das Ministerium wird auch Gelegenheit haben, sich mit dem Investitionsprogramm der Prager deutschen Hochschulen zu befassen. Vielleicht heute schon wird das Ministerium die Arbeit für zwei der größten Bauten für die Karlsuniversität in Prag vergeben. Diesen Monat noch wird mit dem Bau des Zentralgebäudes und des Gebäudes für die juristische Fakultät begonnen. Die Bauten werden nach den Projekten des Architekten Kotěra durchgeführt. Prag wird zwei Monumentalbauten auf diese Weise erhalten. Die Baukosten sind mit 68 Millionen präliminiert.

Genosse Rejzl bedauert die Kürzungen im Ausgabenbudget des Ministeriums für Schulwesen und begründet mehrere von seinem Klub überreichte Resolutionsanträge, und zwar den Antrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird der Nationalversammlung innerhalb zweier Monate das gesamte Material über die Sperrung von Schulen und Schulklassen vorzuliegen, weiters einen Antrag, betreffend die Vorlage eines Verzeichnisses aller bestehenden

Minderheits-, Volks- und Bürgerschulen, einen Antrag auf Uebernahme aller konfessionellen Volks- und Bürgerschulen in der Slowakei in die Verwaltung des Staates. Schließlich verlangt Redner, daß das Ministerium in der Frage der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel mehr tun als bisher.

Genosse Neßl reagiert weiters auf die Ausführungen des tschechischen Referenten Dr. Karas, soweit sie sich auf eventuelle Uebergriffe der Lehrerschaft in Religionsfragen bezogen, und sagt, daß die Lehrerschaft im Gegenteil zumeist den Wünschen der Katecheten weitest entgegenkomme. Redner bedauert, daß im Kleinen Schulgesetz nicht ausdrücklich bestimmt wird, daß die Feiertage nicht schulfrei sind.

Zum Kapitel „Landwirtschaftsministerium“ führte Genosse Jarolim aus: Des Bewilligungsverfahrens habe ein Steigen der Preise zur Folge um ungefähr 20 Prozent, was der Bewilligungsaktion ins Gesicht schlägt.

Unsere Getreidepreise stehen heute nicht mehr unter der Weltmarktparität.

Im trassen Gegensatz dazu stehe die Bezahlung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Wir beantragen, daß das Bewilligungsverfahren aufgehoben werde!

Lloyd George im Wahlkampf. — Die Aussichten der Partei.

London, 5. Dezember. (A.R.) Der heutige Tag brachte die letzten Agitationsreden der gegenwärtigen Wahlkampagne. Der ehemalige Ministerpräsident Lloyd George appellierte unter großen Ovationen an die Londoner, für das Handelssystem zu stimmen, welches nach seiner Ansicht das Ausfließen des Imperiums und seiner Hauptstadt begründet hat. Während der letzten hundert Jahre, von denen 75 im Zeichen des Freihandels verlossen, wurde England groß und seine Hauptstadt wuchs zu einem Finanzzentrum der Welt und zum größten Welthandelslager empor.

Die drei politischen Parteien sprachen sich heute mit dem am Vorabend der Wahlen üblichen Optimismus über die Wahlausichten aus. In konservativen Kreisen wird nicht daran gezweifelt, daß die Partei ihre Stellung im Unterhause behaupten wird, und die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die Mehrheit von 77 Stimmen, welche die Partei bisher über alle übrigen Parteien des letzten Parlamentes besaß, noch vergrößern wird. In liberalen Kreisen wird erklärt, daß die Wahlausichten der Partei sehr aufmunternd sind; es wird mit einem bedeutenden Erfolge gerechnet. Im letzten Parlamente hatten die Liberalen 117 Sitze, sie glauben, daß sich diese Zahl vergrößern wird. Die parteiamtlichen Kreise der Labour-Party halten dafür, daß die Partei 170 Sitze gegenüber den im letzten Parlamente innegehabten 144 erhalten wird.

Die Wahlbeteiligung.

London, 6. Dezember. (A.R.) Da der Wahltag bei ziemlich gutem Wetter begann, erwartet man, daß die Zahl der Wähler bei den heutigen Wahlen alle bisherigen Ziffern übertreffen wird. Mit Rücksicht auf die große Anzahl „dreieckiger“ Wahlen, in welchen konservative, liberale und Arbeiterkandidaten einander gegenüberstehen und da die Abstimmung in zahlreichen Kreisen erst in der 21. Stunde beendet sein wird, kann die allgemeine Uebersicht der ersten 200 Wahlergebnisse erst morgen früh gegeben werden. In den meisten Kreisen werden die Wahlergebnisse, wie bereits gemeldet, vor Freitag Nachmittag nicht bekannt sein.

Die Kolloide.

(Zum Vortrag Wolfgang Ostwalds in der „Urania“.)

Der Vortrag gut in der Form und instruktiv dem Inhalte nach, hielt sich streng im Rahmen eines Volksbildungsvereins. Er gab auch dem vollkommenen Laien einen richtigen Begriff über den Stoff und Umfang der Kolloidchemie und -physik.

Verteilt man einen Körper in immer feinere und kleinere Teile, so kommt man schließlich zu einem Punkt, wo die gewöhnlichen Naturgesetze, in der Fassung wie wir an sie gewöhnt sind, ihre Geltung zu verlieren beginnen und sonderbare Erscheinungen eintreten. Um einige triviale und bekannte Beispiele zu geben: Läßt man einen Z. in einer gewissen Höhe los, fällt er zu Boden. Jetzt man ihn ganz fein, so schwebt er als Staub in der Luft, ja steigt sogar in die Höhe. Taucht man Löschpapier in eine Flüssigkeit, fließt die Wasser — entgegen seiner sonstigen Schwere — auch bergauf. Schlägt man Gold, das sonst ein gelbrotes Harz hat, fein, wird es durchscheinend und grünlich, in noch feinerer, besonders in ganz feiner Verteilung wunderbar rot, wie es die mit Gold gefärbten Rubinlaser zeigen. Ein farbloses Fett und eine zweite farblose Flüssigkeit, die sich mit dem Fett nicht mischt, fein gemengt, werden undurchsichtig, wie dies bei der Milch der Fall ist. Dieselbe Erscheinung ist die Bläue des Himmels, sowie die Morgen- und Abendröte. Diese fein gemischten Stoffe zeigen nämlich die Erscheinung der Opaleszenz. In Durchsicht gegen dunklen Hintergrund blau, gegen hellen rot. Im Luft- und Weltraum nun schwebt fein verteilter kosmischer Staub, der diese Opaleszenzercheinungen hervorruft. Schreitet die Verteilung eines Stoffes sehr

Der Kampf um das Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 6. Dezember. (Eigenbericht.) Die heutige Reichstags-Sitzung hat noch nicht die erwartete Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz und damit über das Schicksal der neuen Regierung gebracht. Bei der Abstimmung über die §§ 1 und 2 ergaben sich Zweidrittelmehrheiten. Vor der entscheidenden Abstimmung über die Abänderung der Verfassung, bei der mindestens Zweidrittel sämtlicher Mitglieder des Reichstages anwesend sein müssen, beantragte der Vertreter der Mittelparteien die Vertagung auf morgen. Es herrschte nämlich bis dahin immer noch Unsicherheit darüber, ob die Deutschnationalen durch Hinübergang aus dem Saale, das Gesetz zum Scheitern bringen, oder ob sie sich doch noch an der Abstimmung beteiligen wollten. Sie lehnten

auch dem Reichskanzler gegenüber jede Auskunft über ihre Politik ab. Die Mittelparteien wollen nunmehr versuchen, bis morgen ihre noch fehlenden Mitglieder heranzuholen, um auch ohne die Deutschnationalen die Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Von der Sozialdemokratie, deren Fraktion etwa 170 Mann stark ist, waren heute 120 Mann zur Stelle und auch hier stand noch nicht fest, wieviele von ihnen sich vor der Abstimmung entzernen wollten. Sollte morgen das Gesetz scheitern, will die Regierung den Reichstag auflösen. Der Reichskanzler hat die Vollmacht dazu bereits vom Reichspräsidenten erhalten.

Kommunistenverhaftungen.

Berlin, 6. Dezember. (Eigenbericht.) Die politische Polizei, die über die internen Vorgänge in der kommunistischen Partei ausgeheftet unterrichtet ist, hat davon Kenntnis erhalten, daß heute nachmittag auf Anordnung der Moskauer Exekutive eine Demonstration der von der Militärbehörde verbotenen Partei stattfinden solle. Es hatten sich auch in der Tat an 3000 Personen im Lustgarten eingefunden, die aber von den Polizeibeamten ohne jeden Zwischenfall zum Auseinandergehen veranlaßt werden konnten.

Die Berliner Polizei hat in den letzten Tagen mehrere Sprengstofflager der kommunistischen Partei beschlagnahmt. Bei dieser Gelegenheit gelangte sie in den Besitz von Material, aus dem sich ergab, daß das Sprengpulver zur Herstellung von Handgranaten und Bomben Verwendung finden sollte. Die Untersuchung führte zur Verhaftung mehrerer kommunistischer Arbeiter in den Betrieben der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Diese Arbeiter fertigten ohne Wissen der Direktion Handgranaten und Sprengbomben an. Verhaftungen in anderen Betrieben stehen aus dem gleichen Grunde bevor.

Der amerikanische Kredit.

Berlin, 6. Dezember. (Eigenbericht.) In amerikanischen Pader- und Farmerkreisen besteht die Meinung, Deutschland einen Rahrungsmittelekredit von 30.000 bis 70.000 Dollars zu gewähren. Allerdings darf nicht mit einer schnellen Durchführung dieses Planes gerechnet werden, da die amerikanischen Unternehmer erst Mittwoch Berlin verlassen haben. Entscheidend ist außerdem die Stellungnahme der Reparationskommission. Die Amerikaner verlangen für ihr Darlehen Forderungen aus dem Bereich der Verträge, die nur mit Bewilligung der Reparationskommission statthaft sind. Die deutsche Regierung trägt sich mit der Absicht, die Zustimmung dieser Kommission einzuholen.

Eine deutsche Leben mittelalterliche.

Washington, 5. Dezember. (Savas.) Aus gutunterrichteter Quelle verlautet, daß Deutschland eine Anleihe für den Ankauf von Lebensmitteln zu erlangen sucht. Die Priorität für eine solche Anleihe erfordert die einstimmige Zustimmung der Reparationskommission und Deutschland bemüht sich deshalb, bei den verschiedenen Regierungen die Erlaubnis hierfür zu erlangen. Man erklärt im Staatsdepartement, daß die Vereinigten Staaten dem Beobachter in der Reparationskommission die Instruktion geben würden, daß Amerika kein

Hindernis für diese Anleihe erblicke. Der Betrag würde wahrscheinlich 70 Millionen Dollars nicht übersteigen und durch Bons gesichert sein, welche Privatunternehmer in Amerika und England plazieren würden. Es handelt sich um eine Anleihe der deutschen Privatwirtschaft und nicht um eine solche der Regierung.

Die Krise in Bayern.

München, 6. Dezember. Die Krise innerhalb der bayrischen Regierung hat sich seit gestern wesentlich verschärft. Bei dem Rücktritt des Finanzministers Krausnick handelt es sich nicht um eine Personenfrage, sondern um die Entscheidung darüber, wer in Bayern die Geschäfte des Landes führen solle, ob der Generalstaatskommissar oder die verfassungsmäßige Regierung. Besonders bemerkt wurde in der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landtages, daß der Führer der bayrischen Volkspartei, Geheimrat Feld, sich mehrmals gegen den Generalstaatskommissar wandte, trotzdem auf die Initiative Felds die Einsetzung Krausnicks zurückzuführen ist. Man kann damit rechnen, daß dem Rücktritt des Finanzministers bald die Demission des Generalstaatskommissars folgen wird.

„Revolutionäre Arbeiterpartei“.

Berlin, 6. Dezember. (Tsch. P.-B.) Die Vorbereitungen für die heute geplante kommunistische Veranstaltung werden dem „Total-Anzeiger“ zufolge nicht mehr von der kommunistischen Partei Deutschlands betrieben, sondern von der neuen „Revolutionären Arbeiterpartei“, einer Gründung der kommunistischen Partei, die in nächster Zeit auch offiziell in Erscheinung treten dürfte.

Bekanntene Häftlinge auch in Frankreich

Paris, 5. Dezember. In der kommunistischen „Humanité“ beginnt heute Boris Suworin mit der Veröffentlichung von Dokumenten aus den Archiven der ehemaligen zaristischen Regierung. In der heutigen Nummer werden Briefe des bekannten russischen Finanzagenten Raffolowitsch aus dem Jahre 1908 veröffentlicht, die sich mit der Unterstützung der französischen Presse beschäftigen. In Verbindung mit den finanziellen Zuwendungen werden genannt der ehemalige Direktor des „Figaro“ Calmette und der ehemalige Direktor der „Liberté“, der jetzige Senator Berthoulat. Die Enthüllungen werden fortgesetzt.

Vertrauen für Poincaré.

Paris, 6. Dezember. Die Kammer hat heute nachmittags die Debatte über die Wahlrechtsreform fortgesetzt. Im Verlaufe der Debatte ergriß Poincaré das Wort und erklärte, daß die Regierung die Kammer ersuche, dem Vorschlage der Kommission stattzugeben und die Vorlage in ihrer Gesamtheit anzunehmen, die in großen Linien das gegenwärtige Statutium beibehalte. Die Regierung stelle hierfür die Vertrauensfrage.

Abg. Blum hielt dem Ministerpräsidenten vor, daß die Regierung erst jetzt die Vertrauensfrage stellt, wo es zu spät sei, die Proporzvertretung zu erlangen, da sie gegen den Abänderungsplan Israel verstimmt habe, die Vertrauensfrage zu stellen.

Poincaré erklärte hierauf, daß er die Vertrauensfrage damals nicht gestellt habe, von der Erwägung geleitet, daß an jenem Tage im Falle der Vertrauensfrage die Sozialisten gegen die Regierung gestimmt hätten.

Die Sitzung wird immer bewegter und man hört zahlreiche Rufe, darunter namentlich des Abg. Herriot. Es wird schließlich über die gesamte Vorlage abgestimmt. Die Sitzung wird vor 6 Uhr unterbrochen und nach einer Viertelstunde wieder aufgenommen. Der Präsident erklärt sodann, daß die Vorlage mit 408 gegen 127 Stimmen angenommen ist.

Reichswehr-Arbeit in Sachsen.

Aus Dresden wird gemeldet: Oberkommissar Miersch-Dresden und Regierungskommissar Westfälinger-Chemnitz, die beide der DSD angehören, sind heute vom Wehrkreiskommando in Schutzhaft genommen worden. Ueber die Gründe gab das Wehrkreiskommando keine Auskunft. Der Gemeinderat in Gelsenau (Erzgebirge) muß vorläufig wegen Beschlußunfähigkeit seine Arbeiten einstellen, da eine Anzahl Gemeinderatsmitglieder verhaftet worden sind. Das Wehrkommando hat eine Flugblattserie der Deutschsozialen Arbeiterpartei freigegeben. — Die Kommunisten haben in Dresden versucht, im geheimen ein Parteiblatt herauszugeben. Die Druckerei ist gestern von der Polizei ausgehoben worden. Die Maschinen und Gerätschaften wurden beschlagnahmt. Der Redakteur Felix Lewinsohn sowie drei Schriftsetzer und eine vierte Person wurden verhaftet. — Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben in ihrer Montagausgabe dem Ministerpräsidenten Felisch unterstellt, daß er „die Reichswehr in schamloser Weise verleumdet habe“. Genosse Felisch hat wegen dieser Behauptung Strafantrag gestellt. Es ist bezeichnend, daß in der betreffenden Ausgabe der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ der Name des verantwortlichen Redakteurs fehlt.

Arbeitslosendemonstrationen in Deutschland.

Arbeitslose in Krefeld plünderten Magazine aus. Bei einem Zusammenstoß derselben mit der Polizei wurden viele Personen verletzt und eine Person getötet. — Am Dienstag früh abends kam es in Wolfenbüttel zu größeren Demonstrationen der Erwerbslosen. Am Nachmittag sammelten sich auf dem Stadtplatz in Wolfenbüttel eine größere Menschenmenge an. Es wurde Schutzpolizei aus Braunschweig berufen, woher es gelang, die Straßen zu säubern. Etwa 40 Personen, die bei Plünderung überrascht worden sind, wurden verhaftet und nach der Landesstrafanstalt Wolfenbüttel gebracht.

sehr weit — bis etwa ein Millionstel Millimeter entfernt, gelangen wir zu den Molekülen, deren Erscheinungen uns aus den gewöhnlichen Lösungen (Zucker im Kaffee, Salz in der Suppe) bekannt sind. Ihre wichtigste, für uns in Betracht kommende Eigenschaft ist ihre Durchgänglichkeit durch dünne Wände. Hängt man etwa ein Veilchen aus Darmhaut, gefüllt mit Zuckerslösung in reines Wasser, so wird dieses in einiger Zeit auch süß sein. Der Zucker geht durch die Haut hindurch.

Bekannt ist uns diese Eigenschaft bei den bekannten mit Leuchtgas gefüllten Ballons der Kinder. So sehr gut der Ballon auch unten zugebunden ist, in kurzer Zeit wird er doch schlaff, und würde es auch dann werden, wenn man ihn unten zusammenbinden würde. Das Gas entweicht (diffundiert) eben auch durch die Wände.

Nun gibt es einen Verteilungszustand der Stoffe, der noch nicht die Molekülverteilung erreicht hat, aber kleinere Teilchen aufweist, als mit dem Mikroskop noch sichtbar sind, also kleinere als ein Zehntausendstel Millimeter. Dieser Zustand ist der Kolloidale. Die so fein verteilten Stoffe sind die Kolloide. Sie zeigen nicht die Eigenschaften ganzer Massen, aber auch nicht jene der Moleküle. Ihre charakteristische Eigenschaft ist die Undurchgänglichkeit durch jene dünnen Wände (Membranen). Gibt man etwa Leimlösung in ein Darmbeulchen und taucht es nun in Wasser, so geht praktisch nichts durch. Da man diese Tatsache das erste Mal beim Leim beobachtet hat, sind Leim lateinisch Colla heißt, nennt man die Stoffe, mit dieser charakteristischen Eigenschaft, an eben die erwähnte Verteilung gebunden — Kolloide.

Das Vorkommen der Kolloide in Technik und Natur ist außerordentlich häufig. Einweiß, der größte Teil des tierischen und pflanzlichen Körpers, viele Bestandteile des Erdbodens, der kosmische Staub, Leder, Textilstoffe, Papier, befinden sich in jenem mittleren, kolloidal genannten, Verteilungszustand.

Die Wichtigkeit der Lehre von den Kolloiden ist jetzt von den tierischen und pflanzlichen Zellen zu verstehen. Sie bringt vollkommen neue Gesichtspunkte in alltägliche und bekannte Gebiete. Sie zeigt aber vor allem, daß es in der Natur keine selbstverständlichen und keine absoluten, das heißt immer, überall und unter allen Umständen gültigen Gesetze gibt.

Ing. Otto Dittmar.

Gas-Rückungen.

Schreiber dieser Zeilen kam mit einem amerikanischen Quäker ins Gespräch. In dieser religiösen Sekte findet man wehrhaft gute und in jeder Hinsicht feinsinnige Menschen. „Alles verstehen heißt alles verstehen“, sagte mir dieser Herr, der, wie ich später erfuhr, in seinen früheren Jahren Varietékünstler gewesen war. Durch welche seltsamen Wege er dazu gekommen war, im hungernden Deutschland blasse Proletariatskinder zu füttern, weiß ich nicht. Jedenfalls stationierte er in seiner Eigenschaft als Delegierter der Quäkergesellschaft vorher in Hongkong, wo er Koch in einem Hospital für schwere Ausfallkranke war. „Alles verstehen“, können Sie also ihrem Landsmann Dr. Frank Philipson in Chicago auch verzeihen? „Nein“, antwortete der Quäker, „ihm nicht, aber ich möchte mit ihm gerne sprechen, um zu erfahren, ob er seine Sinne gesund beisammen hat.“

Der einzige Mann, dem der sanfte Quäkerbruder nicht verzeihen konnte, ist ein respektabler Herr, dem unter Umständen ein Blatt in der Geschichte der großen Demokratie noch reserviert bleiben dürfte. Der Doktor ist Giftgasgelehrter. Er hat ein Gift erfunden, wovon drei Tropfen genügen, um einen erwachsenen Menschen körperlich und seelisch in weniger als einer Sekunde zu zerstören. Dabei ist es ausreichend, wenn der süßliche Tod des Philipson mit der Haut des Opfers in nur flüchtige Berührung kommt. Philipsons Präparat

hat noch eine Eigenschaft. Es zündet alle nur irgendwie brennbaren Stoffe in kurzer Zeit zu hellen Flammen an. Mein Quäker machte mich auf einen anderen Amerikaner, namens Will Fraving, aufmerksam. Dieser ist Schriftsteller und Verfasser des in Amerika rasch populär gewordenen Buches: „The next war“. Einige Auszüge daraus seien hier mitgeteilt:

Auf der 37. Seite sagte Irving: „Es ist nur wenigen Menschen bekannt, daß, wenn die Oberste deutsche Heeresleitung den Krieg 1918 durch die Kapitulation nicht zum Abschluß gebracht hätte, Amerika im Frühjahr 1919 mit einem Gasangriff über die Deutschen hergefallen wäre und sie bis zum letzten Mann vernichtet hätte. Die Amerikaner wollten das Leuchtgas zum ersten Mal ausprobieren. Leuchtgas ist ein sündendes unsichtbares Gas, welches die Menschen auch bis in die Keller, Kanäle und unterirdischen Höhlen verfolgt. Wer mit ihm in Berührung kommt, stirbt sofort. Nicht nur durch Einatmung tötet es, sondern auch, wie oben gesagt, sobald das Gas mit der Haut in Berührung kommt. Es tötet alle tierischen und vegetabilischen Zellen und eine Schutzmaßnahme dagegen gibt es nicht. Das Leuchtgas kann sich noch fünfzigmal mehr ausdehnen als die wirksamsten Gase, die man während des Krieges gebraucht hat. Der Krieg ist zu Ende — die Gasgelehrten forschen weiter.“

Das Schreckensbild, das sich den Menschen offenbart, übertrifft die teuflischste Phantasie eines modernen Herosstratos, denn wir lesen auf der 42. Seite weiter:

„Die neuesten Luftschiffe werden ohne Mannschaft gesteuert werden, drahtlos. Das Flugzeug oder Luftschiff ist zum selbst dirigierenden Geschick geworden, dessen Kaliber bis ins Ungeheure vergrößert werden kann. Ein sicherer Zieler, viele Meilen vom Ziel entfernt, der von einer Flotte von Kampffliegern umgeben ist, die ihn beschützen, und ungestörte Arbeit sichern, kann

Inland.

Der Handelsminister für das Bewilligungsverfahren.

In der gestrigen Sitzung des Gewerbeausschusses hielt Handelsminister Nowak die angeforderte Rede.

Zusammenfassend bemerkte der Minister, daß das Bewilligungsverfahren gegenüber jenen Staaten, welche eine gleiche Finanzpolitik, wie die Tschechoslowakei betreiben, tatsächlich heute schon nicht mehr bestehe. Die letzten Reste des Bewilligungsverfahrens würden durch die künftigen Handelsverträge ausgemerzt werden. Wenn die Gewinnung neuer Absatzgebiete gefordert werde, dürfe man nicht an die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Staaten denken. Man darf sich nicht verhehlen, daß der Handel mit den Ost- und mit den Südoststaaten von tschechischer Seite eine sehr große Geldilliquidität erfordere, denn in alle diese Staaten könne nur gegen einen langfristigen Kredit geliefert werden. Da die heimische Industrie durch Investitionen beträchtlich erschöpft ist, muß man die Quelle weiterer Kredite bei den Banken suchen. Es wäre ein unverbesserlicher Fehler, sich hier wieder auf das Ausland zu verlassen, weil ein ausländischer Kredit nicht nur übermäßig teuer ist, sondern auch oft mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten zu erlangen ist. Schon aus diesem Grunde ist die Regierung fest entschlossen, den Deflationsprozeß zu beschleunigen.

Der gerechte Beobachter muß der Regierung zubilligen, daß sie in der letzten Zeit alles getan hat, um die internationale Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie zu ermöglichen. Sie hat die Kohlenabgabe um 400 Millionen K, die Zölle um 300 Millionen K herabgesetzt. Außerdem hat sie auch die Bahntarife verbilligt. Die Regierung wird aber darauf schauen, daß von dieser Verbilligung der Produktion auch der heimische Konsument profitiere. In dieser Beziehung geht die ganze Regierung einheitlich vor und kann schon einen Erfolg verzeichnen. Indem der Index der Großhandelspreise im Monat November von 978 auf 964 gefallen ist, obwohl in dieser Zeit die wichtigsten Rohstoffe, die wir einführen müssen auf dem Weltmarkt gestiegen sind. Der Minister schloß mit der Erklärung, daß die Regierung in dieser Politik, welche auf die Verbilligung der gesamten Produktion hinziele, mentweg fortfahren werde.

Budgetanschluß des Abgeordnetenhauses. In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses wurde sowohl bei der Beratung der Vermögensabgabe, als auch bei der Kohlensteuer beschlossen, von einer Generaldebatte abzusehen, gegen welchen Vorgang von den Genossen Pohl und Taub, entschiedener Protest eingelegt wird. Zur Vermögensabgabe erklärte Genosse Taub: Da schon durch die Ablehnung der Generaldebatte gezeigt wurde, daß die Majorität nicht beabsichtigt, eine ernste Beratung des Gesetzes zu ermöglichen und da keine Aussicht besteht, daß irgend ein Abänderungsantrag angenommen wird, behalten wir uns vor, im Plenum die notwendigen Abänderungsanträge zu stellen. Genosse Taub beschränkte sich daher nur auf die Erklärung, daß auch wir dafür sind, daß das Gesetz über die Vermögensabgabe, durch welches den heutigen Verhältnissen Rechnung getragen und eine Erleichterung für die kleinen Besitzer herbeigeführt werden soll, beschlossen werde. Bei der Kohlensteuervorlage stellte Genosse Pohl in der Spezialdebatte eine Reihe von Abänderungsanträgen, die er begründete, wobei er insbesondere das Ansoziale der Steuer und den

die Explosivbomben an ihr Ziel, Stadt oder Festung steuern. Hier ist schon tatsächlich ein Geschäft vorhanden, das von Europas einem Ende zum anderen reicht. Sie hat eine explodierende Ladung, deren Wirkung die kühnsten Träume der frühesten Artillerietheoretiker um ein tausendfach übersteigt.

In Amerika ist das Giftgasproblem bis in die weitesten Kreise erörtert, und wir wollen einen Artikel von Edwin C. Hill im „New York Herald“ auszugsweise folgen lassen:

„Der nächste Krieg wird sich in Todesstille abspielen. Durchbrochen nur von dem Rechen und Schreien Blinden und Verbrannten. Kriege der Vergangenheit waren Konflikte zwischen Artillerie und Ingenieuren. Blumpe Duelle mit plumpen Werkzeugen. Nicht sehr verschieden von denen, die Napoleon, Grant und Moltke benutzten. Kriege der Zukunft werden heute noch unausdenkbar schauerliche Kämpfe sein, geführt von allfischen Derten mit Augengläsern. Sie werden in Laboratorien sitzen und über Täler, Gebirge, Armeen, Flotten und große, hilflose Städte Miasmen des Todes austreuen lassen, Giftmiasmen, die nicht nur den Körper zerstören, sondern den Geist zersetzen durch Furcht und starre Angst vor dem Unbekannten. Miasmen von flüchtigem tödlichen Gift, welches wie Regen von den Wolken fällt. Wie ein Sumpffieber breitet über weite Ebenen Gift sich aus, welches in der Höhe, mittels Luftdruck, zur Entladung gebracht wird, vollständig geräuschlos, und es wird zum Meißel der Welt. Das ist der chemische Krieg der Zukunft. Der menschliche Geist ist noch nicht imstande, sich die Schrecken auszumalen, die er auslösen wird. Nachts aus dem Schlaf werden die großen Städte geschreckt werden, von den Giftschiffen, die hoch im dunklen Nebel kreuzen und Tod und Verderben bringen. Festungen werden in diesem Regen zusammenfallen wie Papierspielzeug, Armeen werden vernichtet. Keine Armeen werden sie sein, sondern Massen von blinden schmerzgemarterten

Die Jaworina-Frage entschieden!

Das Urteil des Internationalen Gerichtshofes im Haag: Die Grenzen im großen ganzen unverändert, örtliche Modifikationen möglich.

Der Internationale Gerichtshof im Haag hat am 6. ds. seine vierte Session, die der Entscheidung der Jaworinafrage gewidmet war, geschlossen und hat in Anwesenheit aller zehn Richter mit dem Präsidenten Loder an der Spitze folgendes Rechtsgutachten erlassen:

„Das Gericht ist der Ansicht, daß die Frage der Grenzfestsetzung zwischen Polen und der Tschechoslowakei durch die Entscheidung der Völkerbundkonferenz vom 28. Juli 1920, welche definitiv ist, entschieden ist; aber daß diese Entscheidung in ihrer Gänze durchzuführen werden muß und daß daher jener Teil der Grenze im Gebiet von Jipó, welcher in der Ent-

scheidung topographisch beschrieben ist, auch weiter, abgesehen von Modifikationen im Detail, welche an Ort und Stelle bei der üblichen Durchführung der Grenzfestsetzung bewirkt werden können, den Modifikationen unterliegt, die im Paragraph drei, Absatz zwei derselben Entscheidung festgelegt sind. Gegeben im Haag, den 6. Dezember 1923.“

Der Standpunkt Polens in dieser Frage war, daß die Grenzfestsetzung keine definitive ist, während der Standpunkt der Tschechoslowakei auch keine Modifikationen der Grenzfestsetzung zulassen wollte.

Die amerikanische Hilfe.

Washington, 6. Dezember. Senator Kenoot hat eine Gesetzentwurf eingebracht, durch die zwanzig Millionen Dollar dem Hilfswerke in Deutschland bewilligt werden sollen. Die Verwendung der Summe soll unter Leitung des Präsidenten Coolidge erfolgen.

Das Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 6. Dezember. (Voss.) § 1 des Ermächtigungsgesetzes wurde mit 282 gegen 79 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Die Schlussabstimmung wurde auf Sonnabend vertagt.

Abg. Fehr (Vorp. Bauernbund) erklärt für seine Partei die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. Die Abg. Hollmann (Soj.) und Gótzard (Zentrum) weisen die Angriffe des Kommunisten Stöcker auf das Verhalten ihrer Parteien in der Rheinlandfrage zurück. Reichsfinanzminister Dr. Luther sprach gegen einen inzwischen von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag, wonach das Ermächtigungsgesetz sich nicht auf Änderung der währungsrechtlichen Bestimmungen über die Rentenmark erstrecken soll. Die Reichsregierung werde das Ermächtigungsgesetz nicht benutzen, um die prozentuale Belastung des Grundbesitzes irgendwo zu erhöhen. Die Deutschnationalen ziehen darauf ihren Antrag zurück. Es folgt dann die Abstimmung über § 1 des Ermächtigungsgesetzes. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutschvölkischen, der Bayerische Bauernbund, die unabhängige Gruppe Lebebour und die Kommunisten.

Das Mißtrauensvotum der Kommunisten, wonach die Reichsregierung nicht das Vertrauen des Reichstages besitzt, dessen sie nach Art. 54 der Reichsverfassung bedarf, wird gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschvölkischen und der Lebebourgruppe abgelehnt. Es folgt die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Der Deutschvölkische Wille spricht gegen das Ermächtigungsgesetz.

Widerspruch, welcher zwischen dieser Vorlage und der Verordnung des Ministeriums vom Oktober in den einzelnen Steuerfällen besteht, hervorhob. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt, bis auf einen, durch welchen herbeigeführt werden soll, daß jene Kohle, welche für die Räume der Revierämter benötigt wird, steuerfrei sei.

Menschenwack, die sich nicht rühren können. In den Tausenden von Jahren, wo die Menschen, aus Gier und Eigensucht gesonnen haben, andere Menschen zu vernichten, kam nichts Entschlicheres in der Kriegführung zur Anwendung, als diese Giftgase. Die Möglichkeiten dieser Gifte sind grenzenlos, denn wohl gibt es schon eine große Serie von ausgesprochenen Gasgiften, aber von den zweihunderttausend Chemikalien, die die Menschen kennen, sind erst 5 Prozent experimentiert, ob sie als Giftgase anzuwenden wären.“

Der ungarische General Tancs hielt vor einigen Wochen im Völkerrund einen Vortrag, wo er darüber Bericht erstattete, wieviele Sorten Giftgase in den einzelnen Ländern fertig zur Anwendung präpariert vorliegen. Um uns diesbezüglich eine Vorstellung zu machen, genügt zu wissen, daß von dem flüssigen Gift des Doktor Philipson allein in Amerika 2000 Tonnen hergestellt wurden. Rechnen wir aus, wieviel mal drei Tropfen das sind.

Frau Dr. Gertrud Wecker, eine schweizerische Chemikerin, befaßt sich in einem Artikel ebenfalls eingehend mit der Giftgasgefahr, aus welchem wir einiges auch mitteilen wollen.

„Es sind offizielle Versuche, die öffentliche Meinung, die sich zu beunruhigen beginnt, über die Giftgasgefahr des kommenden Krieges zu beschwichtigen. Diesen Beschwichtigungen soll jedoch entgegengestellt werden: 1. daß die Herstellung von Giftgasgeschossen während und nach dem Krieg in solchem Umfange vorgenommen hat, daß wohl kaum anzunehmen ist, es handle sich dabei lediglich um ein Privatvergnügen der Generale. 2. Daß die Beobachtungen schon während des Krieges die furchtbaren Wirkungen der Giftgase zur Genüge gezeigt haben. 3. Daß sich die Giftgasteknik seit dem Kriege so stark entwickelt hat, daß man heute mit Giftgasen rechnen muß, deren Wirkung die der stärksten im Kriege verwendeten um ein Hundertfaches übersteigen. Auf Grund der Verwirklichung dieser teuflischen Waffe ist

Die kommunistische Partei und die Gewerkschaften in Rußland.

Kommunisten herrschen unumschränkt in den russischen Gewerkschaften. Unter den 775 Delegierten des letzten allgemeinen russischen Gewerkschaftskongresses (im September 1922) waren nicht weniger als 721, d. h. 93 Prozent, Kommunisten (sienog. Bericht des Kongresses, S. 278). Unter den Delegierten des Kongresses des Metallarbeiterverbandes im Juni d. J. waren 91,8 Prozent Kommunisten („Trud“ vom 22. Juni). Unter den Mitgliedern und leitenden Angestellten der Zentralvorstände aller 23 Verbände waren im März d. J. 882, d. h. 83,6 Prozent, Kommunisten, 170 Parteimitglieder und ein einziger Sozialdemokrat („Bulet. d. Allg. Russ. Zentralen Gewerkschaftsrates“, 1923, Nr. 4, S. 8). Diese Zahlen können ihren Eindruck nicht verfehlen.

Das formelle Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei ist allerdings nicht ganz geklärt. Es besteht ein formeller Vertrag, der dieses Verhältnis regelt. Das tatsächliche ist aber ein klares Verhältnis völliger Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei. Die Parteioorgane beschließen über alle wichtigen Fragen der gewerkschaftlichen Tätigkeit, über alle bedeutende Organisationsangelegenheiten, insbesondere über die Besetzung der Vorstände u. a. Allen bedeutenden Sitzungen der Gewerkschaftsorgane gehen in der Regel die Sitzungen der kommunistischen Fraktionen voraus, wo die Beschlüsse der Parteioorgane erörtert und ausnahmslos — wenn auch unter Umständen mit Anwendung eines nicht geringen Druckes — zu den Beschlüssen der Fraktionen gemacht werden. Die Sitzung des Gewerkschaftsorgans nach der Sitzung der kommunistischen Fraktion hat dann lediglich formelle Bedeutung.

Zunehmen bleibt es sogar nicht einmal dabei. In den Richtlinien über die Tätigkeit der Gewerkschaften unter den Bedingungen der sog. „neuen Wirtschaftspolitik“, die von der Zentrale der kommunistischen Partei im Januar 1922 angeordnet und im Februar desselben Jahres vom Zentralkomitee der Gewerkschaften einstimmig angenommen worden sind, heißt es u. a.: „Es steht fest, daß die angeführten Widersprüche (d. h. die Widersprüche in der Situation der Gewerkschaften unter der Diktatur des Proletariats) unbedingt Konflikte, Uneinigigkeiten, Reibungen usw. herbeiführen werden. In diesen Fällen ist eine

jogar im Hinblick auf das amerikanische Lebewitzgas angegeben worden, daß mit zwölf Lebewitzbomben, die über eine Stadt in der Größe von Chicago oder Berlin durch Flugzeuge abgeworfen werden, alles Leben in dieser Stadt vernichtet wird. Das Gas ist schwer, zieht sich in die Abzugskanäle und Quellen; Wasserleitung und Grundwasser werden auch vergiftet. Diese enormen Wirkungen verdanken die Giftgase ihren chemischen und auch physikalischen Eigenschaften. Allen Gasen ist gemeinsam, daß sie bei tiefer Temperatur und Druck in flüssigen und in festen Zustand übergehen. Sie nehmen dann einen ganz minimalen Raum ein, so daß sich große Mengen unterbringen lassen. Die ersten Giftgase, die man noch im Weltkriege gebraucht hat, zerstörten die Atmungsorgane. Sie bestanden aus Chlor und Phosgen, die die Luftröhre und die Lunge zerrissen. Die Opfer kämpften wochenlang mit dem Erstickenstode. Gegen dieses noch primitive Gasgift boten die Gasmasken Schutz, infolgedessen suchte man die Gase so herzustellen, daß sie durch die Hautporen in den Organismus einschleichen sollten. Nun fand man es. Eine einfache Verbindung von Phosgen, Chlorat und der Cyangruppe gab die gewünschte Wirkung. Das Gift wird durch die Feuchtigkeit in der Luft, des Bodens, der Haut, oder des Atems wirkungsvoll gemacht. Es entsteht Blausäure, das im kleinsten denkbaren Quantum einen Menschen innerhalb einer Minute zu töten vermag.“

Auch Frau Dr. Wöcker wiederholt, daß die Giftgasgefahr in der Entwicklung der Giftindustrie ungleichmäßig groß ist. Jeder praktische Chemiker ist in der Lage neue Variationen hervorzuwringen. Innerhalb eines Jahres dürften wir Hunderte oder Tausende neuer Präparate erleben! Nicht Traumbilder einer überhitzten Phantasie sondern grausig reale Drohung ist es, die über den Köpfen kommender Generationen der weißen Rasse schwebt.

Karl Peter.

höhere Instanz unumgänglich notwendig, die auch genügend Autorität besitzt, um alle Gegenstände sofort zu lösen. Eine solche höhere Instanz ist die kommunistische Partei.“ Zur praktischen Anwendung kommt diese Bestimmung allerdings selten; in den Zentralvorständen aber und auf den Kongressen zieht man es vor, die Sache auf dem Wege durch die kommunistische Fraktion zu regeln und auf diese Weise wenigstens äußerlich etwas harmloser zu gestalten.

Nun wird aber von der kommunistischen Presse behauptet, daß das gekilderte Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften für Rußland eben natürlich ist; die kommunistische Partei umfasse große Massen Proletariat und sei eben die Partei der Arbeiterklasse. Die oben angeführten Zahlen mögen es beweisen.

Wir lassen es hier dahingestellt, ob es richtig ist, selbst dort, wo die Partei, sei es die kommunistische, sei es die sozialistische Partei, ganz bedeutende Massen der Arbeiter umfaßt, — ob es selbst in diesen Fällen richtig ist, das Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften so zu gestalten, wie es in Rußland der Fall ist. Wie steht es aber in Rußland mit der Frage über den proletarischen Charakter der kommunistischen Partei?

Wie vor kurzem hat die kommunistische Partei es sorgfältig vermieden, über diese Frage in der Öffentlichkeit klaren Aufschluß zu geben. Man operierte allerdings mit großen Zahlen Arbeiter als Mitglieder der Partei, dabei wurden aber als Arbeiter nicht nur die im Produktionsprozeß tätigen Proletarier bezeichnet, sondern auch alle, die früher als Arbeiter tätig waren. Die Zugehörigkeit zu der Arbeiterschaft hat so gewissermaßen einen häuslichen Charakter angenommen im Sinne der alten häuslichen Gesellschaft.

Wie steht es aber mit der Zugehörigkeit zu der Partei der im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter?

Der vor kurzem veröffentlichte Tätigkeitsbericht der Zentrale der kommunistischen Partei für das Jahr 1922—1923 gibt zum ersten Mal darüber Aufschluß.

In 20 Gouvernements mit der am meisten entwickelten Industrie hat die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Zellen in den industriellen Betrieben 3,9 Prozent der Gesamtzahl der Arbeiter erreicht; nach den Angaben für 40 Gouvernements ist diese Zahl noch geringer und beträgt 3,5 Prozent. Aber auch unter den Mitgliedern der kommunistischen Zellen in den industriellen Betrieben ist die überproportionale Mehrheit nicht im Produktionsprozeß tätig. Nach den Ergebnissen der Erhebung in den 12 oben erwähnten Gouvernements (außer Petersburg und Moskau, wo die Verhältnisse etwas günstiger sind) sind von den 14.570 Mitgliedern der Betriebszellen lediglich 4.255, d. h. 28,8 Prozent, im Produktionsprozeß tätig. An Stelle der oben angeführten Zahl 3,9 Prozent beträgt die Tätigkeit der Kommunisten im Produktionsprozeß in den 12 Gouvernements 1,36 Prozent; soll man aber vor der Zahl 3,5 Prozent ausgehen, so fällt die letzte Ziffer auf 1,22 Prozent (Bericht der Zentrale, S. 147).

93 Prozent Kommunisten unter den Delegierten des allgemeinen russischen Gewerkschaftskongresses, noch nicht 1 1/2 Prozent unter den industriellen Arbeitern — diese Gegenüberstellung wirft ein grelles Licht auf die russischen Gewerkschaften.

Die Gesamtzahl der Arbeiter in der Industrie hat im Jahre 1922 1.110.946 betragen (ebenda, S. 146). Die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei, die als Arbeiter in den industriellen Betrieben tätig sind, beträgt, wenn man selbst in der günstigeren Ziffer 1,36 Prozent aufsetzt, 15.108. Wenn man sogar etwas günstigere Verhältnisse in den beiden Hauptstädten in Betracht zieht, erreicht diese Zahl doch nicht einmal 20.000.

15—20.000 industrielle Arbeiter in einer Arbeiterpartei mit 372.900 Mitgliedern (das ist die Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1923), in einem Lande mit über 130 Millionen Einwohnern, daher in einer Partei, die die einzige legale Partei im Lande ist und die ganze politische Macht inne hat, — das ist ein runder Null.

In Anbetracht dieser Zahlen kann mit Sicherheit behauptet werden, daß die kommunistische Partei in Rußland schon längst aufgehört hat ihrer Zusammensetzung nach eine Partei der Arbeiterklasse zu sein. Sie ist die Partei in erster Linie der neuen staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Bürokratie. Ihre Herrschaft in den Gewerkschaften ist nicht eine natürliche Folge ihrer Herrschaft in den Herzen der Arbeiter, sondern lediglich ein Ausfluß der politischen Macht, die in den Händen der Partei liegt und mit allen Mitteln der Gewalt gegen jede demokratische Bewegung so auch gegen jede selbständige Bewegung der Arbeiterklasse geltend gemacht wird.

S. Schwarz.

*) Diese Richtlinien sind als Beilage zu der Broschüre G. Siperowitschs „Die neue Wirtschaftspolitik in Sowjetrußland und die Aufgaben der Gewerkschaften“ (Kleine Bibl. der Roten Gew.-Int. Nr. 1) auch den deutschen Lesern zugänglich. Die zitierte Stelle ist auf S. 44 zu finden.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Tages-Neigkeiten.

Warnsdorff, der König von Spanien und der Papst.

Seine Majestät der König von Spanien und Hochwürdigste Gemahlin waren beim Papst. Das ist für Ketzlerweiber eine so wichtige Tatsache, daß ihr die christlich-soziale Warnsdorfer „Volkszeitung“ einen ellenlangen Leitartikel widmet. Die Sache beginnt mit einem Punktspruch seiner Majestät den Pfalzhalter Christi. Zu solchen Zwecken ist jetzt, wie die „Volkszeitung“ stolz bucht, „im Vatikan eine eigene Empfangs- und Aufgabestation eingerichtet“. Ein Salonzug brachte dann Herr und Frau König „in langsamem Fahrt“ — damit nix geschieht — nach Rom. Sechs vatikanische Kraftwagen sorgten für die feierliche Auf- fahrt. Für den „besonders feierlichen Charakter des Empfanges“ beim Papst spricht die von der Volkszeitung mit Benutzung festgehaltene Tat- sache, daß „Seine Majestät“ nicht etwa „durch die bekannten Salons nach der päpstlichen Anti- kamera, sondern links abbiegend durch die Leg- gion Raffaele zum Konsistorialsaal geleitet wurde“. (Alles hatte doch schon damit gerechnet, daß es bei der Antikamera bleiben wird!)

„Vor dem St. Vater angelangt, knien der Kö- nig und die Königin (diese war auf Grund eines besonderen Vorrechtes in Weiß gekleidet, während für Frauen sonst Schwarz Vorchrift ist) nieder, um ihrem eigenen Willen gemäß dem Papste den Fuß und dann den Fischerring zu küssen. Tiefe Bewegung hat sowohl den Papst wie auch die ganze hohe Versammlung ergriffen. Dann nimmt die Königin auf dem zur Rechten errichteten Königsthron Platz und der König, zwischen den beiden Kardinalen Vannutelli und Merry de Val stehend, spricht in freier Rede zum Oberhaupt der Weltkirche.“

In dieser freien Rede bezeichnete der „katho- lische König“ seinen „Besuch“ als einen „Markt- stein“ und sprach seinen höchsten Wunsch aus: in die Hohenburg des Papstes mögen auch einige Spanier eingereicht werden. „Seine Majestät“ sagte unter anderem:

„In Strömen durchziehe die Lym- phe des Glaubens die Geschichte Spaniens.“

In diesem Zusammenhang kamen uns die „Lym- phe“ (Zastanale) etwas spanisch vor. Dann sprach der Papst. Die Warnsdorfer „Volks- zeitung“ verzeichnet sein häuberlich jedes Wort seiner Majestät und seiner Heiligkeit und be- merkt hiezu in fetten Lettern:

Mit Tränen der Rührung im Auge hatte der Papst die Rede des Königs angehört und im An- gesichte der Fürsten der Kirche unarmte und küßte er Spaniens Herrscher auf die Wangen, nicht mit der Kühle einer vorgeschriebenen Zeremonie, son- dern in spontaner und nicht unterdrückbarer Be- wegung.

Zum Schlusse heißt es: Wie uns unser römischer Korrespondent mel- det, verbrachte das spanische Königspaar an einem Tage fast sieben Stunden im Vatikan, wohl das beste Zeichen, daß es ihm im Hause des Vaters der Christenheit gut gefallen hat.

Na, wann's ihm nur gefallen hat. — Seine Begeisterung hat sich sichtlich auch der Warns- dorfer „Volkszeitung“ mitgeteilt, die mangels einer Gelegenheit im Lande ihre warmen monar- chistischen Gefühle und ihren ganzen Byzantinis- mus an Spaniens König ausleben läßt. In der Republik drohen die Zastanale der schwarz- gelben Speichelkeder zu verrotten und so lassen sie denn ihre „Lym- phe“ von seiner spanischen Maje- stät durchziehen.

Die deutschbürgerliche Herrschaft in der Bilt- ner Gemeindestube. Aus Biltin wird uns gemeldet. Von unseren Genossen war bereits im Stadtrat vor einiger Zeit der Antrag eingebracht worden, in gleicher Weise, wie es im Vorjahr geschah, auch heuer der Aktion für die Kinder der Arbeitslosen zu den Weihnachtseinfahrten 15.000 Kronen zu überweisen. Der neue Bürgermeister, Dr. Tropschuh, schloß sich stark genug, den Antrag abzulehnen zu lassen. Im Plenum mochte er auf denselben Erfolg gerechnet haben, weil er doch — obwohl seine Parteigruppen nur 19 Mandate haben — als Bürgermeister 26 Stimmen erhalten hat. Gleich bei der Eröff- nung der Sitzung wurde vom Gen. Kühnel eine Erklärung vorgelesen, in der der Standpunkt unserer Genossen zur neuen Stadterordnetenver- tretung gekennzeichnet war. Dann brachte Gen. Wagner den Dringlichkeitsantrag wegen der Beistellung von 15.000 Kronen für die Kinder der Arbeitslosen ein und begründete ihn mit dem Hinweis auf die Zuweisung im Vorjahr und auf die Not der Arbeitslosen. Obwohl nun nach der Geschäftsordnung, bei einem Dringlich- keitsantrag ein Redner für und einer gegen das Wort hat, unterließ es der neue Bürgermeister, die Dringlichkeit zur Abstimmung zu bringen und ließ eine Dreiviertelstunde debattieren, bis Stadtrat Smetana (Christlich) den Antrag stellte, eine Sammlungsaktion einzuleiten (!) und — wenn diese zu wenig ergebe — erst dann von Stadtmitteln etwas dazuzugeben. Ueber diesen An- trag ließ der Bürgermeister zuerst abstimmen, in- dem er erklärte, dieser Antrag sei der weitgehen- dere. Ueber Protest unserer Genossen wurde dann endlich auch über den Dringlichkeitsantrag abge- stimmt. Der Antrag wurde mit 18 gegen 17 Stim- men abgelehnt! Unserer Genossen bemächtigte sich nach der Abstimmung eine große Entrüstung und sie verließen den Saal. Es folgten ihnen die Vertreter der anderen sozialistischen Par-

teien und auch die Tschechischbürgerlichen. Die erste Strafprobe, die durch die vereinigten deutsch- bürgerlichen Parteien provoziert wurde, hat un- sere Genossen einen großen moralischen Erfolg gebracht: Sie hat der Arbeiterschaft gezeigt, in wessen Interesse die Deutschbürgerlichen in der Gemeindestube fernerhin wirtschaften wollen.

Die Devisenbeschlagnahme in Deutschland. Die Prager deutsche Gesellschaft teilt mit: Im Auslande ist verschiedentlich die Ansicht laut ge- worden, daß die nach Deutschland kommenden Rei- sende der Gefahr ausgesetzt seien, das von ihnen mitgeführte ausländische Geld durch Beschlag- nahme auf Grund der neuen deutschen Devisen- verordnungen zu verlieren. Ebenso wurde die Be- fürchtung geäußert, daß Geldbeträge, welche deut- schen Angehörigen oder überhaupt Bedürftigen, so- wie deutschen Wohltätigkeitsanstalten vom Aus- lande zur Unterstützung überwiesen werden, bei den Unterstufungen beschlagnahmt werden können. Diese Befürchtungen entbehren der Begründung. Nach den Devisengesetzen unter- liegt der Beschlagnahme nur der Besitz an re- chtswidrig erworbenen ausländischen Zah- lungsmitteln. Auf die darüber hinaus dem De- visenkommissar erteilte Befugnis, auch rechtmäßig erworbene Devisen für das Reich in Anspruch zu nehmen, hat dieser gegenüber nur vorübergehend im Inlande sich aufhaltenden Personen ausdrück- lich verzichtet. Den nach Deutschland Zurückkehrenden ist außerdem zu ihrer Sicherung Gelegenheit ge- geben, sich an der Grenzübergangsstelle eine Be- scheinigung darüber ausstellen zu lassen, was sie an ausländischen Zahlungsmitteln bei der Ein- reise mit sich geführt haben. Eine Inanspruch- nahme von Unterstützungsgeldern ist weder nach dem Stande der Gesetzgebung zulässig noch sonst beabsichtigt. In diesen Unterstützungsgeldern zählen die zahlrei- chen Zusendungen an Einzelpersonen und die Zu- weisungen von Beträgen und Fonds an deutsche Behörden, wohltätige Vereine und Unternehmungen, und zwar können weder die zur Verteilung bestimmten Stellen noch die Bedürftigen selbst zur Ablieferung angehalten werden. Derartige unentgeltliche Zusendungen werden im übrigen auch auf Grund der Verordnung des Reichsprä- sidenten über die Ablieferung ausländischer Ver- mögensgegenstände nicht in Anspruch genommen.

Dr. Friedrich Ritsche gestorben. In Hohen- furth ist im hohen Alter von 89 Jahren der ehe- malige Reichsrats- und Landtagsabgeordnete Dr. Friedrich Ritsche gestorben, der mehrere Jahr- zehnte dem österreichischen Abgeordnetenhaus und dem böhmischen Landtage angehörte. Er war Mitglied der Deutschen Fortschrittspartei gewesen und gehörte seiner ganzen Denkweise nach der längst vergangenen Zeit an, in der die Liberalen die größte und entscheidende Partei im Privile- gienparlament gewesen waren.

Der Talprellenbruch in der Lombardei. Aus Rom wird vom 5. d. gemeldet: Der Ministerrat hat heute den Bericht über die Katastrophe bei Tezze entgegengenommen. Danach wird die Zahl der Toten auf über 500 geschätzt, der Schaden auf 130 bis 150 Millionen Lire. Es wurde beschlossen, sofort die nötigen Brücken- und Straßenbauten einzuleiten und die Familien für die erlittenen Schäden durch Zu- wendung von Geldmitteln, Akziden, Lebens- mitteln und Viehaushilfen schloßlos zu halten. Außer der Untersuchung durch die politische Be- hörde soll auch eine gerichtliche Unter- suchung über die Ursache des Unglücks eingeleitet werden. Der leitende Ingenieur soll dem Gerichte übergeben werden.

Reisenerlöschung im Budapester Zentral- steuermärkten. Wie die Budapester Blätter melden, ist man im Zentralsteuermärktenpot Unterschlagungen in der Höhe von mehreren 100 Millionen auf die Spur gekommen. Zwei Beamte haben den Gegenwert der ent- wendeten Umsatzsteuermarken in Kost gegeben, haben jedoch den entwendeten Betrag voll ersetzt. Ein dritter Beamter hat mit dem entwendeten Geld eine Automobilschleppwerkstätte errichtet. Er wurde verhaftet.

Was die Vereinigten Staaten für den Ausbau ihrer Eisenbahnen ausgeben. Aus Washington wird gemeldet: Die Ausgaben für den verbesserten Ausbau des bestehenden Eisenbahnnetzes sowie für die Vermehrung des Lokomotiv- und Wagnetznetzes betragen für 1922 und 1923 insgesamt 1540 Mil- lionen Dollar. Davon entfallen rund 60 Prozent auf die Anschaffung neuer Lokomotiven, Personen- und Güterwagen. Von den übrigen 615 Millionen Dollar wurden aufgewendet für Geleis- anlagen, Verstärkung des Schotterbettes einschließ- lich Maschinen und Werkzeuge, Einbau schwerer Schienen rund 237 Millionen Dollar, für Brücken, Viadukte, Tunneln und Durchläß: 70 Millionen Dollar, für Verhältnisse, Lokomotivremisen, Statio- nen und Verwaltungsgebäude 104 Millionen Dol- lar, für Lagerhäuser, Ervatoren, Kohlen- und Erz- bunker, Wasser- und Befehlsstationen und übrige Einrichtungen für den Güterverkehr 65 Mil- lionen Dollar, für Befestigung von Abwässer- gängen und Kurven, Verminderung von Steigungen und Ankauf von Land und Gebäulichkeiten 33 Mil- lionen Dollar, für Telephon, Telegraph- und Sig- naleinrichtungen 20 Millionen Dollar, während vom Restbetrag von rund 68 Millionen Dollar nur die verhältnismäßig kleine Summe von sechs Mil- lionen Dollar für Kraftwerke und Uebertragungs- leitungen Verwendung findet und 60 Millionen Dollar für verschiedene andere Verbesserungen ver- bleiben.

1.710.000 Motowagen in einem Halbjahr. In der Vereinigten Staaten hat die Beistellung von Automobilen im ersten Halbjahr 1923 um 47 Pro- zent zugenommen gegen dem entsprechenden Zeit- raum von 1922. Nach den Angaben der Nationalen Automobilhandelskammer wurden vom 1. Jänner

bis zum 1. Juli d. J. in Nordamerika nicht weniger als 1.710.000 Motowagen fertiggestellt.

Ein feiner Polzeibrief. Wie der Bukarester „Adeverul“ meldet, wurde der Chef der Arader Sigurancs Baralamb Popescu wegen schwe- ren Mißbrauchs der Amtsgewalt ver- haftet. In letzter Zeit waren zahlreiche Anzeigen bei der Arader Staatsanwaltschaft gegen Popescu erstattet worden, auf Grund der: bei diesem eine Hausfuchung angeordnet wurde. Bei dieser Ge- legenheit wurden Textilwaren und Stoffe in großer Menge sowie Geld und kompromittierende Briefe säferti, die für die Wahrscheinlichkeit der in den Anzeigen enthaltenen Anklagen sprechen. Der Chef der Sigurancs wird auch beschuldigt, einer gro- ßen Holzindustrieunternehmung fünfzig Waggons Brenn- holz erprecht und im Grenzgebiet schwere Amtsmiß- bräuche begangen zu haben. Popescu appellierte gegen seine Verhaftung an den Anklagenot.

Raubüberfall auf einen Eisenbahnzug. Aus Belgrad wird gemeldet: Eine Eisenbahnbrücke auf der Strecke Koprlik—Vojšivar in Süd- serbien einen Personenzug zum Stehen und be- raubte die Reisenden ihrer Barchaft.

Die Berliner Straßenbahn wird eine Aktien- gesellschaft. Im September mußte unter dem Zwang der Verhältnisse die bis dahin von der Berliner Ge- meinde betriebene Straßenbahn in eine städtische Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt werden. Der jetzige Zustand war von vornherein nur als ein Provisorium angesehen worden, der mit dem Ende dieses Jahres einer endgültigen Ge- sellschaftsform Platz machen sollte. Die Direktion der Straßenbahngesellschaft hat jetzt beim Magistrat die Ueberführung in eine Aktien- gesellschaft beantragt, und die städtischen Kör- perschaften werden sich noch vor Jahreschluß mit der Reuegelung der Straßenbahn zu beschäftigen haben. Nachdem bereits die städtischen Werke für Gas, Wasser und Elektrizität die Form von Aktien- gesellschaften erhalten haben, kann es kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß auch die Straßen- bahn wieder zu einer Aktiengesellschaft, wenn auch bis auf weiteres rein städtischen Charakters, umge- staltet werden wird.

Selbstmord auf den Schienen. Die 27jährige Bergmannsgattin Emma Hoth aus Postelberg bei Saaz hat sich in der Nacht auf Montag vor den von Postelberg um 11 Uhr abends abgehenden Per- sonenzug geworfen und wurde überfahren. Die Leiche wurde schrecklich verstümmelt. Das Mor- der Tat waren eheliche Fehrwürfnisse. — Ein Piesber- paar warf sich Dienstag früh auf der Strecke Rauth- Reugebden bei Taus unter einen herankommenden Zug und fand einen furchtbaren Tod. In dem verstümmelten Leichnam des Mannes wurde der Arbeiter J. Kovat agnosziert, die Identität des Mädchens ist noch nicht festgestellt.

Dreizeh Bienenstöcke verbrannt. An einem der letzten Abende gingen in der Bienenzuchterei des Inspektors Slavka in Schättenhofen 40 Bienen- stöcke in Flammen auf. Das Feuer ergriff auch einen nahen Bienenstod des Distrikts Wolf und vernichtete ihn gleichfalls. Die Ursache der Ent- stehung des Brandes ist nicht bekannt.

Reisüberfälle bei Saaz. Der Buchhalter der Landwirtschaftlichen Zentralanstalt Wenzel Schen- der wurde Montag nachts bei dem Gebäude der Elektrizitätsgesellschaft in Saaz von zwei jungen Burschen angehalten und vorgehabtenem Re- volver aufgefordert, ihnen seine Barchaft auszu- folgen. Schender zog seine Geldbörse, in der sich 200 K und eine Legitimation befanden und übergab sie den Gaunern, welche schon die Flucht ergrif- fen. — Der Bahnschmiedemeister Ciba aus Krápin bei Saaz wurde am Montag im Walde bei Tsch von zwei jungen Männern überfallen und seiner Bar- chaft von 450 K und einer silbernen Taschnuhr beraubt. Nach vollbrachter Tat verschwanden die mit Revolvern bewaffneten Räuber im Dickicht.

Felke Österreichische Hunderttausend-Kronen- Noten. In Wien sind in den letzten Tagen Falsch- stücke von Hunderttausend-Kronen-Noten aufge- facht; sie tragen die Serie 1210 und 1910 und die Nummern 80.788 und 30.737.

Großfeuer. Gestern um halb 4 Uhr früh brach aus bisher unbekannter Ursache im Dachstuhl des Kesselhauses der Zuckfabrik in Modfan bei Prag ein Feuer aus, das so rasch um sich griff daß die Prager Feuerwehrzentrale um 4 Uhr früh tele- phonisch um Hilfe angerufen wurde. Eine Abteil- ung der Prager Feuerwehr mit einer Automobild- dampfspritze erschien bald darauf auf dem Brand- platz, wo sie mit Hilfe der bereits aus den umlie- genden Ortschaften erschienenen Feuerwehren den Brand um 9 Uhr früh zu lokalisieren vermochte. Der Dachstuhl des Kesselhauses brannte vollständig nieder. Der Schaden ist groß, soll aber durch Ver- sicherung gedeckt sein.

Witterungsüberfall vom 6. Dezember. In der Nacht auf Donnerstag traten neuerliche Nieder- schläge ein. Ueberall fällt Regen, vermisch mit Schnee. In Böhmen ist es wärmer geworden. Prag hatte Donnerstag früh + 10 Celsius. Die Druck- verteilung in Europa läßt keine wesentliche Umge- staltung des Wetters erwarten. — Wahrschein- liches Wetter von heute: Fortdauer der herrschenden Witterung.

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Der Geschäftsmann Heinrich Rohm aus Prag- laubitz hat sich von seiner im dritten Stockwerke gelegenen Wohnung auf das Pflaster gestürzt und blieb mit zerstückelten Gliedern tot liegen. — Der Angefallte der elektrischen Unternehmungen Karl Bernhart aus Plesno hat sich auf einem Baume in der Nähe seines Wohnhauses erhängt. Er hat die Tat wegen großer Verluste beim Karten- spiel begangen.

Kleine Chronik.

Alastrim, eine neue Krankheit. Seit einiger Zeit erkranken die Färbigen, die in Le Havre und in Bordeaux ans Land gehen, an einer sonderbaren Krankheit, die einige Ähnlichkeit mit Blattern hat. Die Sanitätsbehörden sind durch diese Erscheinung ziemlich beunruhigt, obwohl es bis jetzt feststeht, daß von dieser Krankheit nur Färbige betroffen werden. Die englischen Kertze bezeichnen diese Krankheit als die „Krankheit der Kaffern“. Sie breitet sich sehr rasch aus und scheint ein in Afrika endemisches, „Alastrim“ genanntes Fie- ber zu sein. Das Wort bedeutet in einem afrikan- ischen Idiom so viel wie „Krankheit, die sich ver- breitet“. Alastrim ist schon in Chile, überhaupt in den Häfen Südamerikas und auf den Antillen auf- getreten. Nach 15 bis 25 Tagen Inkubationszeit, während der der Patient gar keine Beschwerden spürt, tritt heftiges Fieber ein, das drei bis vier Tage andauert. Dann wird die Körpertemperatur wieder normal, aber der Kranke bekommt einen Ausschlag mit Pusteln, die den Blattern sehr äh- nlich sind; diese Pusteln treten besonders auf dem Gesichte und an den Extremitäten auf. Sie sind klein, enthalten eine milchige Flüssigkeit, die rasch austritt, dann bildet sich eine Kruste, die sehr bald abfällt und eine kleine Narbe zurückläßt, auch diese verschwindet nach und nach. Im allgemeinen ist der Verlauf der Krankheit sehr mild.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Wie man die Eisenbahner vergan- det!

Die Zustände in den Eisenbahnerzimmern.

In vielen Bahnhöfen verhalten sich so- genannte Eisenbahnerzimmern, die dazu dienen, daß das Personal nach langem aufeinanderen Diensttag ein paar Stunden der Ruhe und des Schlafes genießen kann. Wie es an gewissen Eisenbahnerzimmern anzusehen ist, gehen die Um- gaben, die vom Personal zweier Stationen an die Eisenbahndirektion propagiert bezugsweise an das Eisenbahnministerium getriggt wurden.

Die eine Eingabe behandelt die Verpauung des Kaserenzimmers in der Station Kien- lahn auf der Strecke Vodovag—Svoboda. Dieses Zimmer ist den ganzen Tag mit Eisen- bahnern besetzt, die als Verpauungsbureau auf der bergigen Strecke Kienlaahn—Vodovag be- gegeben werden müssen. Zur dieses Lokal veran- laßt der Vorstand der Station 20 Quadratmeter stoch pro Tag, noch dazu von miserabler Qua- lität. Die Station befindet sich auf dem höchsten Punkt der Strecke und die Witterungsverhältnisse sind dort derart, daß das Heizen dieses Lokals unbedingt den ganzen Tag erforderlich ist. Durch die Vorgangsweise des Stationsvorstandes ist das Personal gezwungen, sich die nötige Kohle auf an- dere Weise zu beschaffen. Das Personal erucht daher in einer Eingabe um eine größere Zuwei- sung von Kohle sowie um die Beheizung von Deden und einer elektrischen Lampe für das Zimmer.

Auch in der Station Bieska—Dobru- tsa kämpft das Personal seit Jahren um eine menschenwürdige Kaserne, ohne daß die,em Kampf bis heute ein Erfolg beschieden gewesen wäre. Das Hindernis für die Einführung menschenwürdiger Zustände ist der dortige Vorstand, der trotz des Unwachtens von Direktionsbeamten sich nicht dazu entschließen kann, die vom Per- sonal erhobenen Forderungen zu bewilligen. Die Partie des Juges 1063 von Bodenbach kommt in Bieska um 14 Uhr 44 Minuten an, Aufenthalt bis zum Zuge 8084 beträgt acht Stunden siebenzehn Minuten. Diese Partie erhält das rechte Kasernezimmer, in welchem acht Betten sind und eine einzige Bank für drei Mann, ohne daß ein Tisch darinnen wäre. Das zweite kleinere Zimmer besitzt einen Ofen zwei Feldbetten, einen Tisch für vier Mann und einen einzigen Stuhl. Will sich jemand zum Tisch setzen, muß er auf den Betten Platz nehmen, wodurch diese verunreinigt werden. Da- bei wird die Tür verriegelt, so daß niemand ins Zimmer kann. Viele Eisenbahner müssen auf dem Fußboden sitzen. Jede Forderung der Eisenbahner, diese unhalt- baren Zustände zu ändern, weist der Vorstand mit der Begründung zurück, daß die Erfüllung der Forderungen Luxus wäre! Nicht einmal einen Schürhaken oder eine Kohlenhaufel will der Herr Vorstand bewilligen. In der zweiten Kaserne in demselben Orte, die drei Meter breit und fünf Meter lang ist, ist ein Ofen, der seit Monaten schadhast ist, ein Tisch und zwei Bänke. In dieses Lokal kommen zwei Partien von den Jügen 1081 und 1083, welche fünf Stunden Aufenthalt haben, die meiste Zeit bei Nacht. Diese 20 Mann müssen sich in einem Raum aufhalten, der nur für sechs Mann Platz gewährt. Dabei haben die Jüge bis zu zehn Stunden Verspätungen, wodurch das Per- sonal mit einer Dienstleistung von 26 bis 30 Stunden nach Hause kommt. Es wäre leicht, Re- medur zu schaffen, denn neben diesen Zimmern be- findet sich noch ein Lokal und in der Bodenkammer genügend Tische, Bänke und Stühle, die nur einer geringen Reparatur bedürften. Das betroffene Personal, daß sich einfach keinen Rat mehr wußte, hat sich nun an das Eisenbahnministerium gewendet.

Wir erwarten, daß das Eisenbahnministerium diesen menschenunwürdigen Zuständen ungesäumt ein Ende setzt und die Forderungen des schwer arbeitenden und seiner Pflicht vollhaft nachkom- menden Personals Genüge leistet.

Der Kollektiv-Vertrag der Bankbeamten. Seit Mitte November fanden Verhandlungen zwischen den Unterhändlern des Bankenverbandes (Bvaz) und den Vertretern der beiden Beamtenorganisationen statt, die der Verlängerung des mit 31. Dezember ablaufenden Kollektiv-Vertrages galten, den die Banken vor einigen Wochen gekündigt hatten. In drei Beratungen der gemeinsamen Verhandlungskommission wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt, so daß nunmehr an die Textierung des neuen Vertrages geschritten werden wird, den alle Verbandsbanken mit Ausnahme einer oder zweier tschechischer Kleinbanken einführen dürften. Bei den Verhandlungen verlangten die Banken weiteren Abbau der Anschaffungsbeiträge, doch bleiben die Gehalte bis 31. März unverändert, ebenso das Avancement. Dagegen mußten die Organisationsvertreter Zugeständnisse im Rahmenvertrag machen, insbesondere hinsichtlich arbeitsrechtlicher Fragen und Fragen der Arbeitszeit, deren Ausmaß jedoch wie im heurigen Jahre 43 einhalb tarifliche Arbeitsstunden pro Woche beträgt. Die nächsten Verhandlungen finden im März bezüglich der Verlängerung der Anschaffungsbeiträge, beziehungsweise im Juni über die Verlängerung der Steuerzulagen statt.

Das Petroleumkartell, die Großeinlaufgesellschaft und der Petroleumpreis. Ein günstiger Wind weht der „Konsumgenossenschaft“ einen Bericht über die letzte Sitzung des Petroleumsyndikates zu. Das Petroleumsyndikat wurde von den Petroleumraffineuren und den Petroleumimporteuren gegründet, damit sie einander im Preise nicht unterbieten, weswegen auch der Petroleumpreis immer für einen Monat im Vorhinein vom Syndikat festgesetzt wird. Bei der letzten Zusammenkunft nun waren die meisten Herren dafür, die Preise für Petroleum zu erhöhen. Einer der Herren berichtete aber den anwesenden Anwesenden, daß die Großeinlaufgesellschaft die Preisfestsetzung des Syndikates nach unten durchbrochen habe, weil sie Petroleum trotz Syndikatsbeschlusses zu einem niedrigeren Preise bezieht, als die vom Syndikat jeweils festgesetzten Großhändlerpreise sind. Es folgte eine lebhafteste Debatte, welche das Ergebnis hatte, daß das Petroleumsyndikat nicht nur von der geplanten Preissteigerung Abstand nahm, sondern die Preise noch um zehn Heller ermäßigte, damit die allgemeine Preisfestsetzung durch die Großeinlaufgesellschaft. Interessant ist auch, daß in dieser Sitzung des Syndikates die Teilnehmer der Sitzung jeder einzelne der Reihe nach die Erklärung abgeben mußten, ob sie der Großeinlaufgesellschaft zu dem niedrigeren Preise geliefert hätten. — Jedenfalls ein deutlicher Beweis, welche Vorteile der zentralisierte Großeinlauf bringt.

Wie es tschechoslowakischen Bergarbeitern in Frankreich geht. Der „Glückauf“ bringt den nachstehenden Bericht über die Ergebnisse eines tschechoslowakischen, nach Frankreich ausgewanderten Bergarbeiters: „Anfangs Juni kamen wir — 6 Mann — nach Toul. Nach drei Tagen Rast wurden neun Kameraden nach Südschweiz abkommandiert, während wir übrigen nach Kreuzwald in Lothringen gebracht wurden, wo wir länger als drei Monate unter den ungünstigsten Verhältnissen arbeiteten. Wir wurden erst drei Tage auf Strohsengen in einer Kaserne einquartiert. Nach drei Tagen wurde uns, etwa 50 Mann, ein verhältnismäßig kleines Zimmer zugewiesen, wo wir sechs Wochen zubringen mußten, ehe wir anständige Quartiere erhielten. In Kreuzwald arbeiteten wir drei Monate in einem lange vernachlässigten Schacht, stets bis zu den Knien im Wasser stehend, so daß wir alle 13 Tage neue Schuhe brauchten. Die Arbeitsbedingungen waren derart uner-

träglich, daß von unserem Transport nach etwa acht Wochen nurmehr 20 Mann blieben, während die anderen, auf ihre Löhne verzichtend, das Weite gesucht hatten. Die mit uns in Brüx vereinbarten Verträge wurden nicht eingehalten. Anstatt der uns garantierten Mindestlöhne von 17 bis 18 Franks täglich, verdienten wir zumeist nur 10 bis 13 Franks täglich. Diejenigen, die in der gemeinsamen Kantine aßen, mußten täglich acht Franks für Kost zahlen. Für das Massenquartier wurden uns monatlich sechs Franks abgerechnet. Die Sonntagsarbeit, für die uns doppelter Lohn versprochen worden war, wurde nur mit 25 Prozent höherem Lohn bezahlt. Man konnte trotz des Achtstundentages soviel Schichten verfahren, als man wollte. Eines Tages wurde uns mitgeteilt, daß wir abkommandiert würden, und uns für die Abreise bereit halten mußten. Wir stiegen eines Abends um sieben Uhr in Metz in einen großen Transportzug ein, ohne das Reiseziel erfahren zu können und verließen am nächsten Tag um halb zwei Uhr mittags den Zug in Essen. Von dort brachte man uns — Tschechoslowaken und Polen — auf eine Grube in Ueffern bei Dortmund, wo wir 42 Franks pro Tag erhielten, ohne daß wir arbeiten konnten, weil die Turbinen von den etwa 20 französischen Ingenieuren nicht instand gesetzt werden konnten. Wir wohnten dort sehr schön, denn wir bekamen die Wohnungen der vertriebenen Deutschen zugewiesen. Ehe die Arbeit aufgenommen wurde, erkrankte ich infolge des Genusses des uns vorgelegten rohen Fleisches, und als ich wieder gesund war, verließ ich das Ruhrgebiet und begab mich nach dem unbesetzten Deutschland, von wo ich in die Heimat zurückkehren konnte.“

Eine internationale Hotelmesse. Anlässlich der nächstjährigen achten Prager Frühjahrmesse, die vom 16. bis 23. März 1924 stattfindet, wird abermals eine internationale Hotelmesse stattfinden.

Preisrückgänge in Deutschland. Auf dem Berliner Schlachthof ernährten sich gestern die Preise der Rinder um 17 Prozent, bei Mäbern und Hammeln um 35 Prozent, bei Schweinen um 28 Prozent. Auch die Gewinnspanne des Nahrungsmittelgroßhandels wurde gestern nach langen Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten erheblich herabgesetzt. Wie die Blätter mitteilen, hatte die Festigung der Papiermark und die Einführung der Rentenmark zur Folge, daß sich die Lebensmittellager plötzlich öffneten; von allen Seiten regnet es Angebote von Dauerware, wie Büchsenfleisch, Konserven aller Art und besonders von Judder. Die großen Fabriksbetriebe werden mit Lebensmittelfertigen überschwemmt. — Die für Dezember berechnete Großhandelsziffer des statistischen Reichsanwaltes ergibt zum erstenmale ein Absinken, und zwar beträgt sie das 1337 milliardensache des Friedensstandes gegenüber dem 27. November mit dem 1422 milliardensachen, also einen Rückgang von 6 Prozent.

Verhäufung der deutschen Wirtschaftskrise. Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ waren bereits im Oktober mehr als sieben Zehntel von 1218 industriellen Unternehmungen schlecht beschäftigt. Nach Schätzung des deutschen Beteiligungsarbeiter-Verbandes sind nur noch fünf Prozent der Arbeitnehmer in der deutschen Beteiligungsindustrie voll beschäftigt. Die übrigen sind teils voll erwerbslos, teils arbeiten sie verläßt bis zu einem Tage wöchentlich. Es ist dies ein Zeichen für die Verarmung des deutschen Volkes, das an die Anschaffung von Kleidungsstücken nicht mehr denken kann, weil das ganze Einkommen für Gegenstände des täglichen Bedarfes verwendet werden muß. Auch nach den Berichten der Klassen haben Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit weiter zugenommen. Am 27. Oktober waren 19.1 Prozent der Arbeiterschaft, oder etwa jeder

fünfte Arbeiter erwerbslos. Die Zahl der Kurzarbeiter beträgt etwa zwei Fünftel der gesamten Arbeiterschaft.

Umstellung des Berliner Kurzzettels auf wertbeständige Basis. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, geht die schon vor einiger Zeit innerhalb des Berliner Börsenvorstandes angeschnittene Frage der Umstellung des Kurzzettels der Berliner Börse auf eine wertbeständige Basis nunmehr ihrer Lösung entgegen. Die Grundlage für die Börsennotierungen für Effekten soll die Rentenmark bilden. Da am 24. Dezember die Börse ausfällt, entsteht eine volle börsenfreie Woche, die eine erwünschte Pause für die Vorbereitung einer Umstellung des Kurzzettels ist.

Amerikas Marktlücke. Wie die „Tribune“ von Chicago schreibt, haben amerikanische Sparer durch den Zusammenbruch der Mark 500 bis 700 Millionen Dollar eingebüßt. Es sind meist kleine Sparer, darunter viele Deutschamerikaner, die Mark zu ein und zwei Cents kauften, in der Hoffnung, die Mark würde wieder steigen. Es befinden sich auch Käufer von deutschen Wertpapieren darunter, deren Zinsen oder Dividenden in Papiermark gezahlt werden. Nach der „Tribune“ wird die Summe, die auf gleiche Weise noch in anderen Ländern verloren wurde, auf eine Milliarde Dollar geschätzt.

Bankenkraus in Triest. Infolge der Präsentierung einer großen Schuldforderung hat das Credito Generali di Trieste seine Register beim Triester Gerichte hinterlegt und einen Ausgleich von 20 Prozent angeboten. Die Passiven der Bank sollen drei Millionen Lire betragen.

Unbillige Beilegung des Lodzer Industriekonflikts. Zwischen den Textilindustriellen und Vertretern der Textilarbeiter in Lodz kam es zu einer Vereinbarung bezüglich der Löhne. Dadurch wurde der Streik in der Textilindustrie beigelegt.

Devienkurie.

Die tschechische Krone notiert in:
 Zürich Schw. Fran 16.76 25
 Berlin Mark 124.000.000/00
 Wien öherr. Kr. 2080/00

Prager Kurze am 6. Dezember.

	Gold	Ware
1000 holl. Gulden	1317.00	1317.50
1 Billion Mark	8.00	7.10
100 belg. Franks	162.25	183.75
100 schwed. Franks	633.75	606.25
1 Pfund Sterling	150.5000	152.0000
100 Lire	150.0000	151.5000
1 Dollar	4.4500	31.8000
100 franz. Franks	18.7500	188.2500
100 Dinar	30.0000	30.5000
1000 mag. at. Kronen	17.2500	19.2500
1,000,000 poln. Mark	9.00	10.50
10,000 öherr. Kronen	4.5500	5.0800

Züricher Schlusskurie am 6. Dezember.

	Gold	Ware
Paris	81.0750	31.1700
London	25.1100	25.1400
Berlin	9.4000	0.0000
Natland	24.9000	24.1750
Solund	218.0000	219.0000
Sien	0.008000	0.008100
Sudawest	0.002000	0.003100
Brat	15.7250	16.0000
Ben Forl	5.7150	5.7250
Sig ad	6.4250	6.5250
Wsa. sau	—	—

Verträge.

„Vom Antlitz der Erde“. In unserer Besprechung dieses verunglückten Vortrags Hermann Häfners erhielten wir von der Leitung der „Urania“ eine Zuschrift, in der zur näheren Aufklärung unter-

anderem folgendes gesagt wird: Der Film war ständig durch Blaufilme unterteilt, so daß eine fortwährende Unterbrechung des Bildes die Folge sein mußte. Es war weder ein Anfang, noch ein Ende der Bildgruppe am Film ersichtlich. Ferner war die Verferation der Filmlinien außerordentlich schädlich, die Filme selbst stellenweise ganz brüchig, so daß sie vielfach rissen und durch unseren Mechaniker, der von allen Fachmännern vor allem wegen seiner Flimmerfreiheit als die vollendetste Maschine anerkannt ist, nicht laufen konnten, sondern stets mit der Hand nachgezogen werden mußten, um die Vorführung überhaupt zu ermöglichen. Aus dem Gesagten erklärt sich auch, weshalb die Bilder nicht immer dem Vortragsziele entsprachen und folgen konnten. Unsere heutigen Bildvorführungen sind stets tadellos. Der Apparat arbeitete mit einer solchen Genauigkeit, wie sie bei dem heutigen Stand der Filmetechnik nicht besser gedacht werden kann. Am Schluß des Schreibens wird betont, daß die Leitung der „Urania“ bemüht ist, gerade die Verwendung des Films für kulturelle Zwecke zu pflegen und auszugestalten.

Literatur.

Gewerkschaftskalender.

Metallarbeiter — Bergarbeiter.

Der Internationale Metallarbeiterverband in der Tschechoslowakischen Republik (Ziv Komotau) gibt für das Jahr 1924 einen Kalender heraus, der ein ungemein praktisches Handbuch für jeden Metallarbeiter ist. Abgesehen von dem Kalender finden wir in dem Kalender eine Darstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sowie der Entwicklung der Metallindustrie und des Verbandes der Metallarbeiter im Jahre 1922. Von großem Wert ist der Abdruck einer Reihe für die Metallarbeiter wichtigen Gesetze. Besonders reichhaltig aber ist der sachliche Teil, aus dem jeder Metallarbeiter für seinen Beruf ungemein viel lernen kann. Die Adressentafel erhöht die Brauchbarkeit dieses Buchs, das 286 Seiten stark ist und nur fünf Kronen kostet. Es kann allen Metallarbeitern wärmstens empfohlen werden.

Ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk für jeden Bergarbeiter ist der von der Union der Bergarbeiter herausgegebene Bergarbeiterkalender, der ungefähr 200 Seiten hat, sechs Kronen kostet, außer dem Kalender noch ein Tagebuch für 1924 sowie ein praktisches Kassabuch für den Bergarbeiter enthält. Auch hier sind die für den Bergarbeiter wichtigen Gesetze im Wortlaut wiedergegeben. Der volkswirtschaftliche Teil ist sehr reichhaltig, er enthält: eine Uebersicht über die Kohlenproduktion, über die Einfuhr und Ausfuhr von Kohle, eine Geschichte der Union der Bergarbeiter in den Jahren 1922 und 1923 und eine lehrreiche Chronik des Bergarbeiterlebens von 1923. Charakteristisch für den Bergarbeiterkalender ist die von der Union besonders gepflegte Statistik der Lebenshaltungskosten, die auch für denjenigen, der nicht im Bergbau tätig ist, lehrreich ist. Auch dieser Kalender kann empfohlen werden.

Beide Kalender sind ein Beweis dafür, wie viel geistige Arbeit in unseren Gewerkschaften geleistet wird.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Kazen Theaters. Heute Freitag Gastspiel Leop. Kramer „Die Journalisten“; Samstag „Aida“; Sonntag 11 Uhr „Zweites philharmonisches Konzert“, abends „Wald“.

Spielplan der Kzinzen Bühne. Heute Freitag und Samstag „Dorine und der Zufall“; Sonntag halb 3 Uhr; „Die kleine Sünderrin“, abends halb 8 Uhr „Die deutschen Kleinstädter“.

Vater Goriot.

58

Von Honoré de Balzac.

„Ich beginne wieder ins Leben zurückzukehren.“ sagte Eugen.
 „Fahren Sie doch schneller, Kutscher.“ rief Vater Goriot und öffnete die Wagentür. „Wenn Sie mich in zehn Minuten an unseren Bestimmungsort bringen, sollen Sie hundert Sous Trinkgeld kriegen.“
 Bei diesen Worten sauste der Kutscher mit Blitzeisele durch die Straßen.
 „Der Kutscher kommt nicht vom Fied.“ sagte Vater Goriot.
 „Wohin fahren wir?“ fragte Rastignac.
 „Zu Ihnen.“ antwortete Vater Goriot.
 Der Wagen machte Rue d'Artois halt. Goriot stieg als erster aus und gab dem Kutscher zehn Franken mit der Verschwendung eines Widders, der in seinem Uebermaß von Freude keine Grenzen kennt.
 „Aber nun in Ihre Wohnung.“ sagte er und ging mit Rastignac durch den Hof bis an die Tür einer Wohnung in der dritten Etage eines neuen, hübschen Hauses. Vater Goriot brauchte nicht erst zu läuten. Therese, Frau von Rucingen's Kammerzofe, machte die Tür auf. Eugen befand sich in einer reizenden Junggesellenwohnung, die aus einem Vorzimmer, einem kleinen Salon, einem Schlafzimer und einem Kabinett, das auf den Garten ging, bestand. Im kleinen Salon, dessen Einrichtung von ungewöhnlicher Eleganz und Zielschleier war, sah er Delphine im Herzenshü. Sie erhob sich aus einem bequemen Stuhl vor dem Kamin und sagte mit zärtlichem Tonsfall: „Man mußte Sie erst abholen, haben Sie denn gar nichts begriffen?“
 Therese verließ das Zimmer. Der Student

nahm Delphine in die Arme, drückte sie leidenschaftlich an sich und vergoß Freudentränen. Der Gorenzay zwischen dem, was er sah und soeben gesehen hat. zu einem Tage, wo soviel Aufregendes auf ihn eingestürzt war, war zu stark und löste sich in einer Nervenschüttelung.
 „Ach, wie ich dich lieb hab.“ flüsterte Vater Goriot seiner Tochter zu, während Eugen halb bewußtlos auf einem Stuhl lag, ohne ein Wort sagen, noch sich Rechenschaft über dieses letzte Wunder geben zu können.
 „Aber sehen Sie sich doch um.“ sagte Frau von Rucingen, sie nahm seine Hand und führte ihn in ein Zimmer, dessen Teppiche, Möbel, ja dessen kleinste Details ihn an Delphines Zimmer gemahnten.
 „Hier fehlt ein Bett.“ sagte Rastignac.
 „Ja.“ antwortete sie erröend und drückte ihm zärtlich die Hand.
 Eugen sah sie an und begriff trotz seiner Jugend, wieviel Keuschheit das Herz einer lebenden Frau birgt.
 „Sie gehören zu jenen Wesen, die man immer anbeten muß.“ flüsterte er ihr ins Ohr.
 „Ja, ich wage es zu sagen, weil wir uns so gut verstehen: die Liebe ist um so verschleierter und geheimnisvoller, je tiefer und stärker sie ist. Wir wollen niemand unser letztes Geheimnis verraten.“
 „Ach bin nicht irgend jemand, ich.“ brummte Vater Goriot.
 „Oh, Sie wissen wohl, daß Sie wir sind, Sie.“
 „Gerade dieses möchte ich. Nicht wahr, ihr werdet mich nicht beachten. Ich werde gehen und kommen wie ein guter Geist, der überall zugegen ist, auf alles ein Auge hat, von dem man weiß, daß er da ist, ohne ihn zu bemerken. Sieht du, Delphinette, Ninette, Debil, hatte ich nicht recht, als ich dir sagte; Rue d'Artois ist eine hübsche kleine Wohnung, wir wollen sie für ihn einrich-

ten. Du wolltest erst nicht. Nun bin ich der Urheber deiner Freuden wie deines Lebens. Am glücklichsten sein, müssen Väter immer schenken können. Schenken können, darin besteht ja die Vaterschaft.“
 „Wieso?“ fragte Eugen.
 „Ja, sie wollte nicht, sie hatte Angst vor dem Gerede, als wenn es die Welt verdiente, daß man ihr das Glück zum Opfer bringe! Aber sie hat nichts anderes getan als den Traum erfüllt, den alle Frauen träumen.“
 Vater Goriot war allein, Frau von Rucingen war mit Rastignac ins Kabinett gegangen. Man hörte das Geräusch eines Kusses. Dieses Zimmer entsprach der Eleganz des Salons, der vollständig fertig war.
 „Hat man Ihre Wünsche erraten?“ fragte sie im Salon, im Begriff zu Tisch zu gehen.
 „Ja.“ sagte er, zu gut. Der Luxus ist überwältigend, mein kühner Traum, ein elegantes und schönes Leben zu führen, ist Wirklichkeit geworden. Ich fühle es zu stark, um dessen unwert zu sein, aber ich kann es nicht von Ihnen annehmen und bin noch zu arm, um . . .
 „Oh! leisten Sie mir schon Widerstand?“ fragte sie in spöttisch-befehlendem Tonsfall und schnitt eines jener drohenden Gesichter, das Frauen immer in Bereitschaft haben, wenn sie Strupel verspotten, um sie besser zu streuen zu können.
 Eugen war an jenem Tage zu streng mit sich ins Gericht gegangen, und Baurins Verhaftung hatte ihm zu deutlich bewiesen, vor welchem Abgrund er stand, um dieser zärtlichen Abwehr seiner Feinsinnigkeit ohne weiteres nachzugeben. Er wurde tieftraurig.
 „Wie.“ sagte Frau von Rucingen. „Ziehn ab? Wissen Sie auch, was eine solche Abkühlung bedeutet? Sie zweifeln an der Zukunft, Sie wagen es nicht, ein Leben mit mir zu beginnen. Fürchten Sie, meine Neigung zu veraten? Wenn Sie mich lieben und wenn ich . . .

Sie liebe, warum sind Ihnen schon diese kleinen Verpflichtungen zuviel? Wenn Sie ahnen würden, welche Freude es für mich war, dieses Junggesellenheim aufzubauen, so würden Sie nicht länger zögern und mich um Verzeihung bitten. Ich hatte Geld, das von Ihnen kam, ich habe es gut angewandt, das ist alles. Sie glauben groß zu sein und sind sehr klein. Sie verlangen bedeutend mehr (sie fing einen leidenschaftlichen Blick von Eugen auf), und um solcher Reideren willen stellen Sie sich an? Wenn Sie mich nicht lieben, dann dürfen Sie allerdings nichts von mir annehmen. Mein Schicksal hängt von einem Wort ab. Sprechen Sie! Vater, sage ihm doch ein vernünftiges Wort.“ wandte sie sich nach einer kurzen Pause an den alten Goriot. „Glaubt er denn, daß ich, soweit unsere Ehre in Frage kommt, weniger heikel bin?“ Vater Goriot strahlte, weil er diesen Streit miterleben durfte.
 „Kind!“ sagte sie und griff nach Eugens Hand. „Sie stehen an der Schwelle des Lebens, Sie stoßen auf Schranken, die vielen unüberwindlich sind, die Hand einer Frau öffnet sie ihnen, und Sie wollen nicht! Aber Sie werden vorankommen, die Welt wird zu Ihren Füßen liegen, Ihre schöne Stirn trägt das geheime Zeichen des Erfolges. Was ich Ihnen heute borge, werden Sie mir einst wiedererstaten können. Haben die Damen ihren Mittern nicht einst Waffen gegeben, Helme, Panzerhemden und Pferde, damit sie im Turnier für sie kämpften? Nun, Eugen, was ich Ihnen anbiete, sind die Waffen des Jahrhunderts, die Werkzeuge, die nötig sind, um einen Sieg zu erringen. Ihre Dachlampe sieht gut aus, wenn sie Papas Zimmer ähnlich ist! Wie heißt's? Wollen wir heute gar nicht essen? Wollen Sie mich traurig machen? Antworten Sie doch!“ sagte sie und schüttelte sein Hand. „Mein Gott, Papa, du mußt auf ihn einsprechen, oder ich geh fort und werde ihn nie wiedersehen.“ (Fortf. folgt.)

Mitteilungen aus dem Publikum.

OSRAM
muß auf der Glasglocke stehen



Gute Beleuchtung unterstützt Auge und Hand.

OSRAM NITRA

12 Photographien für K6 6 nur im Photo-Studio Prag, Baclavske nam. 15. 1974

Premiere ab heute Lucerna-Louvre. Einabendfilm der Marke Fox.

„Das jungfräuliche Paradies“, dieser gewaltige amerikanische Fox-Film, baut sich auf einer höchstoriginellen Handlung auf. Der erste Teil führt uns in den Urwald und wir finden auf einer einsamen Insel vollkommen verlassen ein junges wunderschönes Mädchen. Ihre einzigen Kameraden sind die wilden Tiere der Insel und sie hat sich das völlige Vertrauen der wilden Urwaldbestien erworben. In der weiteren Entwicklung der Handlung wird das junge Mädchen, dem eine große Erbschaft zugesallen ist von ihren Verwandten gesucht und auf dem Eiland gefunden. Ihre Rückkehr in die Heimat und in die Kultur gibt zu vielen dramatischen Konflikten, aber auch zu mancher köstlichen, humorvollen Szene Anlaß. In Pearl White, einer der schönsten Frauen Amerikas, wurde eine Darstellerin gewählt, die die jungfräuliche Unberührtheit in der Wildnis ebenso glaubhaft verkörpert, als die strahlende Eleganz dieses aromatischen Werkes. 1923

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Gernak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: C. Holl.

am 1. Dezember in der Volkshalle in Bodenbach tagende Mädchen-Kreis-Konferenz nimmt die Ausführungen der Vortragenden fröhlich zur Kenntnis. Sie erblickt in der aktiven Teilnahme der weiblichen Arbeiterjugend an den Arbeiten und Kämpfen der proletarischen Jugendbewegung ein Stück sittliche und moralische Pflicht. Die Konferenz fordert alle Jugendgenossinnen in den Ortsgruppen auf, durch aktive Mitarbeit und eifriges Lernen sich für den gemeinsamen Kampf, um die Befreiung der Arbeiterklasse, vorzubereiten und reif zu machen. Die Vorsitzende schloß hierauf die schön verlaufene Konferenz, welche zeigte, daß auch die weibliche Arbeiterjugend ihre Aufgaben innerhalb der proletarischen Jugendbewegung bereits voll und ganz erfüllt hat.

Bereinsnachrichten.

Tur. Neuverein die Naturfreunde Prag.
Samstag, 8. Dezember. Ab 6 Uhr Ausstellung von Lichtbildern und einigen Landchaftsdrucken im Vereinslokal: Kaffee Nizza, Nikolo. Abend ab 8 Uhr. Freunde unserer Bewegung sind willkommen.

Sonntag, 9. Dezember Halbtagspartie: Zusammenkunft um 2 Uhr, Endstation der 3er Linie, Ausstellungsplatz.

Dienstag, 11. Dezember, 8 Uhr abends im großen Saal der Urania Lichtbildvortrag: Erdbeben und Feuerberge (populär-wissenschaftlich). Das Erdbeben in Japan. Vortragender: Ernst Mühlbach (Norddeutsche Urania). Unsere Mitglieder wollen ihre Karten im Verein deutscher Arbeiter besorgen, auch Samstag beim Nikolabend ab 6 Uhr. 1923

Kaufet nur gute Waren!

zu billigen Preisen.
Damaste, Kanalarie, Zefce, Chiffone, Weben, Handtücher, Gläsertücher, Taschentücher etc. Intelle mit Garantie. 1922

Weberei- und Textilwaren in groß
Baldobský, Dreißler & Co., Prag, Celetna 3.
Bei Perufuna auf dieses Inserat besond. Nachsch.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den

„Sozialdemokrat“!

tefl. Jugendgenossin Emma Weich (Dux) als Referentin sprach über das Thema: Die Aufgabe der Frau im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse. In ausgezeichneter Weise entrollte die Vortragende die wechselvolle Stellung der Frau in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Nicht immer war die Frau die Entrechtete, die Sklavin und das billige Ausbeutungsobjekt. Da wurde sie im Laufe der Entwicklung, Tyrannen, Kirche und der Kapitalismus in seiner Profligier stellten die Frau hinter den Mann, hielten sie in ihrer geistigen Entwicklung und schlossen sie von allen Rechten aus. Noch heute ist die Frau unfrei und abhängig. Mit der Entwicklung des Kapitalismus, der die Frau immer mehr und mehr in den Produktionsprozeß stellte, änderte sich die Stellung der Frau. Aus ihrer „Welt“, der Hauswirtschaft, wurde sie herausgerissen und nutzte als billige Arbeitskraft dem Kapitalismus Frondienste leisten. Erst die moderne Arbeiterbewegung trat für die Gleichberechtigung der Frau ein. In jahrelangen Kämpfen erfocht sie auch der Frau manche Rechte, die dieser bisher verschlossen waren. Das Wahlrecht, Zulassung zum Studium und anderes gibt heute der Frau bereits die Möglichkeit, selbst über ihr Geschick zu entscheiden. Aus der Entrechteten, der Sklavin wird mehr und mehr eine Gleichberechtigte, freie und Wissende. In der Jugendorganisation soll das Mädchen gemeinsam mit dem Burschen sich bilden und schulen. Wahre Kameradschaft, gemeinsame Freunde und gemeinsame Arbeit, gemeinsamer Kampf soll beide Teile reif machen für die künftigen Aufgaben als Klassenkämpfer. Stürmischer Beifall lohnte die Vortragende für ihre Ausführungen. Die Genossinnen traten für die Veranstaltung eigener Mädchenabende in den Ortsgruppen ein, um spezielle Mädchenfragen besser besprechen zu können, betonen aber gleichzeitig, daß die Zusammenkünfte niemals Selbstzweck werden dürfen, sondern nur als Mittel zum gemeinsamen Zweck zu betrachten sind. Nach einem kurzen Schlußworte der Genossin Weich fand folgende von der Genossin Knobloch beantragte Entschließung einstimmige Annahme: „Die

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Nezastanka.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Emeckh 22 (Urania). 1923

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich. Konz. PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Oetker's Vanillinzucker



mit dem hellen Kopf ist der beste!

Man schreibe um das neuerschienene Gratis-Rezeptbuch T2 an: Dr. A. Oetker's Backwarenwerke Brünn, R. 43

Der morgige Samstag ist tariflicher Feiertag der Buchdrucker; daher entfällt die Sonntagsnummer der Tagblätter.

Aus der Partei.

Gemeindevertreterkonferenz des Bezirkes Elbogen. Am Sonntag fand in Elbogen eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Bezirkes Elbogen statt, die von 74 Delegierten besucht war. Die Kreisleitung war durch Senator Gen. Löw vertreten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht über die Gemeindevahlen, sprach Genosse Grundl. Aus seinem Bericht ging hervor, daß unsere Partei von den 571 Mandaten des Bezirkes Elbogen 274 bei der letzten Wahl erringen konnte, so daß unsere Partei 48 Prozent der Mandate erlangte. Gegenüber den Wahlen im Jahre 1919 hat unsere Partei einen Verlust von 33 Mandaten zu verzeichnen. Ueber die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sprach Genosse Löw, der in einem fast zweistündigen Referat über alle Zweige der Verwaltung in der Gemeinde sprach und ganz besonders über einzelne wichtige Fragen Aufschluß gab. Insbesondere gab er Aufschluß darüber, warum in den deutschen Gebieten viel zu wenig für das Bauwesen getan werde, woran hauptsächlich die Politik unserer Deutschbürgerlichen die Hauptschuld trage. Auch über die Finanzwirtschaft, Steuervorschreibung und über die Kriegsanleihefrage der Gemeinden gab Gen. Löw erschöpfend Aufschluß. Nachdem er noch auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller sozialdemokratischen Gemeindevertreter verwiesen hatte, wobei er die Bildung von Fraktionen und eines Zweckverbandes für unerlässlich hält, schloß er das mit Beifall aufgenommene Referat. Nach Erledigung von verschiedenen anderen Fragen und nach der Wahl eines ständigen Ausschusses, der auch Führung mit dem Zweckverband von Karlsbad zu nehmen hat, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Sammlungswort für den Monat Nov. Parteifond: 2. Bodenbach K 1400, 2. Troppan K 1000, 2. Karlsbad K 700, 3. Trautenau K 600, 3. Brünn K 600, 8. Auffsig K 400, 8. Tepliz 1400, 9. Karlsbad K 1000, 15. Brünn K 1000, 16. Karlsbad K 1000, 16. Krumman K 200, 16. Auffsig K 200, 16. Reichenberg K 250, 19. Ries K 1250, 19. Auffsig K 200, 27. Trautenau K 800, 28. Karlsbad K 1400. Zentralwahlfond: 2. Bodenbach K 700, 2. Troppan K 600, 2. Karlsbad K 350, 3. Trautenau K 300, 3. Brünn K 330, 8. Auffsig K 200, 8. Tepliz K 700, 9. Karlsbad K 500, 15. Brünn K 800, 16. Karlsbad K 500, 16. Krumman K 100, 16. Auffsig K 100, 19. Ries K 500, 19. Auffsig 100, 27. Trautenau K 400, 28. Karlsbad K 700.

Jugendbewegung.

Erste Mädchen-Kreis-Konferenz in Bodenbach. Bei der am Sonntag stattgefundenen ersten Mädchen-Kreis-Konferenz waren 18 Ortsgruppen durch 38 Delegierte und 13 Gäste vertreten. Für die Kreisvertretung nahmen an der Konferenz die Jugendgenossinnen Dode, Jhme und Jun. für die Frauenorganisation Bodenbach die Genossin Schweichhart

Bezirksverwaltungs-kommission Gablonz a. N.
Krankenhausverwaltungs-ausschuss.
Nr. 546 aI 1923. am 5. Dezember 1923.

Bergebung von Lieferungen.

Für das Bezirkskrankenhaus sind die Lieferungen von Fleisch, Fleischwaren, Fett, von Mehl, Brot, Semmeln, Butter, Eiern, Milch und von Kohle und Holz (Oberrschleif, Steinkohle Ruß 1, Braunkohle Mittel 2, Niederschleif, oder Strauer Kohle Ruß 1) für das Jahr 1924 zu vergeben.
Die entsprechenden mit einem 2-K6 Stempel versehenen Angebote sind bis zum 15. Dezember l. J., 12 Uhr mittags, in der Kanzlei der Bezirksverwaltungs-kommission in Gablonz a. N., Neuer Markt 2, 1. Stock, geschlossen zu überreichen. Dasselbst liegen auch die Vergabungs- und Lieferungsbedingungen zur Einsichtnahme auf. 1923
Der Vorsitzende des Krankenhausverwaltungs-ausschusses:
Bürgermeister: Karl H. Fischer m. p.
Der Vorsitzende der Bezirksverwaltungs-kommission:
Ed. Ludw. Redhammer m. p.

Seit 37 Jahren.

KALODONT

Zahncreme



VITELLO-DELIKATESS-MARGARINE

wird in der größten Margarinefabrik der Tschechoslovakei, in modern und hygienisch einwandfreien Anlagen hergestellt.